

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Becker, Eva; Bünger, Björn

Working Paper

Die Rolle des Internets in politischen Willensbildungsprozessen:
Ergebnisse einer empirischen Analyse des Internets anlässlich der
vorgezogenen Bundestagswahl 2005

Internetökonomie und Hybridität, No. 46

Provided in cooperation with:

Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU)

Suggested citation: Becker, Eva; Bünger, Björn (2007) : Die Rolle des Internets in politischen Willensbildungsprozessen: Ergebnisse einer empirischen Analyse des Internets anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl 2005, Internetökonomie und Hybridität, No. 46, <http://hdl.handle.net/10419/46585>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.



Prof. Dr. Dieter Ahlert, PD Dr. Detlef Aufderheide, Prof. Dr. Klaus Backhaus, Prof. Dr. Jörg Becker, Prof. Dr. Heinz Lothar Grob, Prof. Dr. Karl-Hans Hartwig, Prof. Dr. Thomas Hoeren, Prof. Dr. Heinz Holling, Prof. Dr. Bernd Holznagel, Prof. Dr. Stefan Klein, Prof. Dr. Andreas Pfingsten, Prof. Dr. Klaus Röder.

Nr. 46

EVA BECKER, BJÖRN BÜNGER

**Die Rolle des Internets in politischen Willensbildungsprozessen -
Ergebnisse einer empirischen Analyse des Internets anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl 2005**



European Research Center
for Information Systems



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gefördert durch:



Förderkennzeichen:
01 AK 704

Projektträger:



INTERNET  KONOMIE

Koordination Internetökonomie und Hybridität

PD Dr. Jan vom Brocke
brocke@hybride-systeme.de
www.hybride-systeme.de

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Der Prozess kollektiver Willensbildung	3
3	Die Nutzung des Internets für politische Willensbildungsprozesse – Eine empirische Bestandsaufnahme	5
3.1	Die Bereitstellung politisch relevanter Informationen im Internet	7
3.1.1	Politische Parteien	9
3.1.2	Verbände	13
3.1.3	„Unabhängige“ Akteure	15
3.2	Informationsrezeption	17
3.3	Internetdiskussion	23
3.3.1	Politische Parteien	24
3.3.2	„Unabhängige“ Akteure	26
3.4	Internetwahlen	28
3.4.1	Vor- und Nachteile von elektronischen Wahlen	29
3.4.2	Formen von E-voting	32
3.4.3	Empirische Beispiele für Internetwahlen	35
3.4.3.1	Der Einsatz elektronischer Wahlsysteme bei der Bundestagswahl 2005 in Deutschland	36
3.4.3.2	Die Wahl des Studierendenparlamentes an der Universität Osnabrück 2000	38
3.4.3.3	Das Wahlspiel zur Sozialwahl 1999	40
3.4.3.4	Vorstandswahlen der Initiative D21	41
3.4.3.5	Die Kommunalwahlen in Estland 2005	42
3.4.3.6	Gemeindewahlen in der Schweiz	44
4	Zusammenfassung	47
	Literatur	50
	Internetquellen	57

1 Einleitung

Ursprünglich entwickelt, um Informationen zwischen Forschungseinrichtungen auszutauschen, hat das Internet seit den 1990er Jahren auch im privaten Raum einen regelrechten Boom erfahren und ist aus unserem heutigen Leben kaum noch wegzudenken. Es dient als Kommunikationsbasis für den Austausch von Informationen jeglicher Art, von aktuellen Nachrichten über Kommentare und Meinungen bis hin zu so genannten virtuellen Marktplätzen, auf denen Informationen über Angebot und Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen koordiniert werden. Selbst Menschen, die über keinen eigenen Zugang zum Internet verfügen, werden ständig mit diesem Medium konfrontiert: kaum eine öffentliche Einrichtung, kaum ein privater Anbieter, der nicht damit wirbt, dass weitere Informationen über seine Leistungen auf der Internetpräsenz zu finden seien.

Die rasche Verbreitung und das vielfältige Angebot des Internets nähren die Diskussionen darüber, ob es nicht in der Lage sei, neben der kommerziellen Anwendung auch einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Bereits seine Erfinder sahen im Internet eine Institution, die fähig sein sollte, die Demokratie zu revitalisieren bzw. in der Welt zu verbreiten.¹ Obwohl die Vision, dass das Internet innerhalb kürzester Zeit zu vollkommen neuen, stark plebiszitär geprägten Staatsformen führen könnte, in der Literatur inzwischen sehr kritisch gesehen wird, wird gleichwohl allgemein anerkannt, dass das Internet großen Einfluss auf kollektive Willensbildungsprozesse besitzt.²

Viele Beiträge beschränken sich jedoch darauf, die Wirkungen des Internets auf isolierte Bereiche der Willensbildung wie zum Beispiel elektronische Wahlen zu untersuchen und empirisch zu dokumentieren.³ In diesem Arbeitsbericht soll ein umfassenderer Ansatz gewählt werden. Basierend auf der Idee, dass die kollektive Willensbildung nicht als Monolith zu be-

¹ Vgl. z.B. *Simon* (2002), S. VII und *Kersting/Baldersheim* (2004), S. 3.

² Zu den kontroversen Diskussionen vgl. z.B. *Siedschlag/Rogg/Welzel* (2002), S. 19 und *Geser* (1996).

³ Vgl. z.B. die Beiträge in *Buchstein/Neymanns* (2002).

trachten ist, sondern vielmehr als Prozess verschiedener miteinander verwobener Schritte, soll der Einfluss des Internets auf die einzelnen Teilbereiche des Willensbildungsprozesses anhand verschiedener aktueller Beispiele dargestellt werden. Zu diesem Zweck wird in Kapitel 2 zunächst das hier zu Grunde gelegte alternative Ablaufschema kollektiver Willensbildung mit seinen vier Prozessschritten: Informationsbereitstellung, Rezeption, Diskussion und Abstimmung dargestellt. Im Folgenden werden anhand dieser Struktur diverse empirische Beispiele zur aktuellen Rolle des Internets im Prozess der kollektiven Willensbildung angeführt (Kapitel 3), bevor in Kapitel 4 ein kurzes Fazit der gewonnenen Ergebnisse gezogen wird.

2 Der Prozess kollektiver Willensbildung

Die Theorie der kollektiven Willensbildung hat in eine Reihe von verschiedenen Sparten der Sozialwissenschaft Eingang gefunden. In ihrer Ausprägung als wirtschaftswissenschaftlicher Forschungszweig beschäftigt sie sich insbesondere mit der Frage, wie Entscheidungen, die eine Gruppe von Personen betreffen, zustande kommen und wie sie aus normativer Sicht zustande kommen sollten, damit die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt maximiert werden kann.⁴ Die Forschungsarbeiten der Wirtschaftswissenschaftler konzentrieren sich dabei zum einen auf die Analyse der Rolle verschiedener Akteursgruppen und deren Verhaltensanreize im politischen Prozess⁵, zum anderen auf die eher „technische“ Seite der Suche nach adäquaten Abstimmungsmodi⁶. Das Verständnis von kollektiver Willensbildung als Austausch von Meinungen auf individueller Ebene entstammt dagegen insbesondere der Politikwissenschaft, die die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren in den Vordergrund ihrer Untersuchungen stellt.⁷ Für die Analyse der Rolle des Internets in politischen Willensbildungsprozessen bietet sich eine Betrachtung aus beiden Blickwinkeln an, da im Folgenden gezeigt wird, dass sich der Einfluss des Internets zunächst insbesondere auf die politische Kommunikation erstreckt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können dann auf die Frage nach der optimalen Organisation kollektiver Entscheidungen transferiert werden.⁸ Auf Basis der aggregierten Herangehensweise lassen sich für den Prozess der kollektiven Willensbildung vier Bereiche identifizieren, die zeitlich teilweise parallel zueinander verlaufen, teilweise in einer zeitlichen Abfolge stehen (Abb. 1).

⁴ Vgl. z.B. *Erlei/Leschke/Sauerland* (1999), S. 319; *Mueller* (1989/1997), S. 1; *Phelps* (1985), S. 26f.

⁵ Vgl. z.B. *Downs* (1968) und (1965); *Buchanan/Tullock* (1962); *Olson* (1965); *Niskanen* (1968) und *Becker* (1983).

⁶ Vgl. *Mueller* (1989/1997); *Weimann* (2001), S. 155ff.; *Kotte* (2004), S. 215ff.

⁷ Vgl. z.B. *Bieber* (1999); *Rogg* (2003); *Wagner* (2003); *Siedschlag/Rogg/Welzel* (2002).

⁸ Vgl. *Becker/Hartwig* (2005).

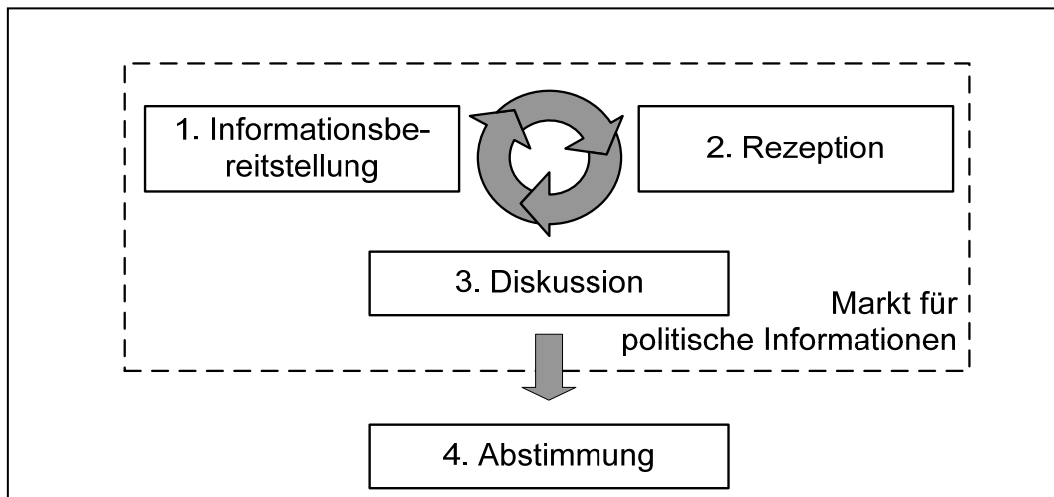


Abb. 1: Der Prozess kollektiver Willensbildung Quelle: eigene Darstellung.

Am Anfang dieses Prozesses steht die Informationsbereitstellung. In der Regel identifiziert eine einzelne Person ein gesellschaftspolitisches Thema und stellt es zunächst einer kleineren Personengruppe vor. Wird das Problem von diesen Personen aufgegriffen (Rezeption) und beginnt eine Diskussion darüber, in wie weit dieses Thema die Gemeinschaft betrifft und wie mögliche Lösungsansätze aussehen könnten, so ist die Grundlage für den Prozess kollektiver Willensbildung gelegt. Sukzessive werden nun zusätzliche Informationen gesammelt und immer weitere Personenkreise in den Prozess integriert. Deren Diskussionsbeiträge fließen wiederum in die Informationsbereitstellung ein, werden von den Mitgliedern aufgenommen u.s.w. Bei politischen Fragestellungen findet dieser Prozess in der Regel zunächst innerhalb von Parteien und Interessengruppen statt, die Initiative kann aber auch von den Medien ausgehen, wenn deren Berichte auf großes Interesse der Öffentlichkeit stoßen.⁹ Der gesamte Vorgang aus Informationsbereitstellung, Rezeption und Diskussion wird in Analogie zu Angebot und Nachfrage auf Gütermärkten hier als *Markt für politische Informationen* bezeichnet. Nachdem er einige Male durchlaufen wurde, muss am Ende des Prozesses der kollektiven Willensbildung eine Entscheidung durch Abstimmung oder Wahl gefunden werden.

⁹ Zum Begriff der Öffentlichkeit vgl. *Habermas* (1993).

3 Die Nutzung des Internets für politische Willensbildungsprozesse – Eine empirische Bestandsaufnahme

Die tatsächliche Bedeutung des Internets für den Prozess der kollektiven Willensbildung kann nur dann bestimmt werden, wenn neben der Analyse der *theoretischen* Nutzungsmöglichkeiten auch untersucht wird, inwieweit diese Potentiale überhaupt von den relevanten Akteuren ausgeschöpft werden.¹⁰ So folgert beispielsweise *Ahlert*: „Aus nationalstaatlicher Perspektive hieß es, und heißt es immer noch: Das World Wide Web sei gut für die Demokratie, weil es von der Lektüre der Tageszeitung bis zum Gang zur Wahlurne den gesamten politischen Prozess potentiell vereint.[...] Die demokratische Wirklichkeit hat allerdings gezeigt, dass wir trotz Internet-Boom noch nicht in der elektronischen Demokratie angekommen sind.“¹¹ Hier soll im Rahmen einer aktuellen empirischen Untersuchung die tatsächliche Nutzung des Internets durch die politischen Akteure untersucht werden. Anhand des vorgestellten Rasters werden ausgewählte Beispiele aus den Bereichen Informationsbereitstellung, Rezeption, Diskussion und Abstimmung vorgestellt.

In Kapitel 3.1 wird untersucht, welche politischen Akteure Informationen über das Internet bereitstellen und wie sie diese Informationen aufbereiten. Um die empirischen Ergebnisse in einen theoretischen Kontext einbinden zu können, wird zunächst abgeleitet, welche Anreize die betrachteten Akteure motivieren, überhaupt auf dem Markt für politische Informationen tätig zu werden. Danach werden diese Erkenntnisse auf die empirischen Befunde ausgewählter Fallbeispiele übertragen. In wieweit die angebotenen Informationen rezipiert werden, ist unter anderem von den individuellen Zugangsmöglichkeiten der Bürger zum Internet abhängig. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der so genannte *digital divide* angeführt, die anhand soziodemographischer Daten zu beobachtenden unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten des Internets durch verschiedene Bevölkerungsgruppen. In Kapitel 3.2 soll gezeigt werden, dass auch in Deutschland zunächst eine systematische Benachteiligung bestimmter

¹⁰ Kritisch hierzu auch *Lange* (2002a), S. 143, der bei den bis zu diesem Zeitpunkt durchgeführten Pilotprojekten zur politischen Partizipation eine deutliche Unterbelichtung der Dimensionen *Kommunikation* und *Diskussion* feststellt.

Gesellschaftsgruppen zu beobachten ist, diese Kluft jedoch im Zeitablauf mit zunehmender Verbreitung des Internets tendenziell immer geringer wird. In der theoretischen Ableitung des kollektiven Willensbildungsprozesses wurde festgestellt, dass sich aus dem Zusammenspiel von Informationsbereitstellung und -rezeption die Diskussion entwickelt. In Kapitel 3.3 werden zunächst unterschiedliche Formen der Onlinediskussion kategorisiert. Im Anschluss daran werden einige ausgewählte Beispiele für die einzelnen Kategorien vorgestellt. Am Ende des Prozesses der kollektiven Willensbildung steht die Entscheidung, die in der Regel mittels Abstimmung bzw. Wahl gefunden wird. In der Vergangenheit wurden jedoch erst sehr wenige internetbasierte Abstimmungen durchgeführt, weshalb die empirische Datenbasis hier noch relativ gering ist. Zudem weisen die Pilotprojekte sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen und Organisationsformen auf. Die Darstellung in Kapitel 3.4 muss daher exemplarisch bleiben.

¹¹ Ahlert (2003), S. 20.

3.1 Die Bereitstellung politisch relevanter Informationen im Internet

Per Definition liegt in einer Demokratie unabhängig von der konkreten Form ihrer Ausgestaltung (direkt oder repräsentativ) die Entscheidungsgewalt kollektiver Belange immer beim Volk. Aus diesem Grund müssen Personen und Gruppen mit dem Bestreben, Politik aktiv zu gestalten, entweder ein politisches Mandat erlangen, oder aber die Entscheidungen der Bürger gezielt entsprechend ihrer partikularen Interessen beeinflussen. Sie haben damit einen Anreiz, politisch relevante Informationen für die Bevölkerung zusammenzutragen und aufzubereiten, was im Weiteren als Informationsbereitstellung bezeichnet wird.¹²

Politiker und Parteien, die ein politisches Mandat anstreben, decken mit ihren Wahlprogrammen (fast) die gesamte Breite der politischen Themen ab und informieren potentielle Wähler sowohl über ihre grundsätzlichen Einstellungen und Wertvorstellungen, als auch über ihre Haltung zu aktuell diskutierten Themenkomplexen. Ihr Ziel ist, bei Wahlen eine ausreichend große Stimmzahl auf sich zu vereinen und damit verbunden einen allgemeinen politischen Gestaltungsauftrag zu erhalten. Demgegenüber informieren Verbände und Interessengruppen ihre Klientel sehr spezifisch, d.h. sie initiieren und greifen nur solche Themen auf, die in ihr „Arbeitsfeld“ fallen. Ihre Informationspolitik ist insbesondere auf zwei Gruppen ausgerichtet: zum einen auf die Politiker, deren Abstimmungsverhalten im Parlament sie über gezielte Informationsbereitstellung direkt zu beeinflussen suchen, und zum anderen auf möglichst große Bevölkerungsgruppen, um mit deren Hilfe gesellschaftlichen Druck aufzubauen und somit wiederum Einfluss auf die Wählerstimmen maximierenden Politiker zu gewinnen. Eine dritte große Gruppe der Anbieter auf dem Markt für politische Informationen sind die Medien, die im Weiteren als „unabhängige“ Akteure bezeichnet werden, da sie *zumindest nicht offiziell* eine bestimmte politische Richtung vertreten. Diese Akteure sind weniger an einer politischen Botschaft orientiert, für sie steht der kommerzielle Erfolg bei Zuhörern und Lesern im Vordergrund. Ihre Aufgabe ist einerseits, die Informationen, die ihnen von Politikern, Parteien und Interessengruppen zugespielt werden, zu transportieren, andererseits aber auch, diese Informationen zu bewerten. Sie können gegebenenfalls sogar selbst initiativ werden, indem sie auf gesellschaftliche Missstände hinweisen, die von der Politik vernachlässigt werden und

¹² Vgl. Kirchgässner/Feld/Savioz (1999), S. 50-55.

diese in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.¹³ Je besser sie es verstehen, mit ihrer Themenauswahl den „Nerv der Bevölkerung“ zu treffen, desto erfolgreicher sind sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Im folgenden Abschnitt soll die unterschiedliche Bereitstellung von Informationen im Internet durch die wichtigsten politischen Akteure dargestellt werden. Diese werden dabei in die oben aufgeführten Gruppen unterteilt: *politische Parteien, Verbände* und „*unabhängige*“ Akteure.¹⁴

¹³ Vgl. *Habermas* (1993), S. 275f.

¹⁴ Vgl. zu dieser Einteilung auch *Downs* (1968), S. 220f.

3.1.1 Politische Parteien

Das Ziel von politischen Parteien ist es, mit Hilfe des Gewinns von demokratisch legitimierten Wahlen einen Regierungsauftrag für die kommende Wahlperiode zu erhalten. Indem sie ihr Wahlprogramm an den (von ihnen vermuteten) Präferenzen einer möglichst großen Anzahl von Wählern ausrichten, versuchen sie, eine Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen.¹⁵ Diese Ziel-Mittel-Beziehung wird von *Downs* folgendermaßen beschrieben: „Die Parteien treten mit politischen Konzepten hervor, um Wahlen zu gewinnen; sie gewinnen nicht die Wahlen, um mit politischen Konzepten hervortreten zu können.“¹⁶ Die Bereitstellung von Informationen über die eigene politische Agenda und über aktuelle gesellschaftliche Probleme entspringt damit der Notwendigkeit, eben diese politischen Konzepte zu vermitteln. Dazu stellen die Parteien ihren potentiellen Wählern das Parteiprogramm als den ideologischen Unterbau ihrer Politik und die Lösungsansätze für aktuelle gesellschaftliche Probleme als Umsetzungen ihrer Ideen in die Praxis dar.¹⁷

Um ihre Informationen zu vermitteln, nutzen politische Parteien das Internet in der Regel nur als zusätzlichen Kanal neben den traditionellen Wegen wie Flugblättern, Printmedien, Radio und Fernsehen.¹⁸ Die durch den vorgezogenen Wahltermin der Bundestagswahl 2005 verkürzte Wahlkampfzeit scheint jedoch die Rolle des Internets als Medium für Wahlkampagnen

¹⁵ Vgl. *Downs* (1968), S. 25.

¹⁶ *Downs* (1968), S. 27f.

¹⁷ Nur diese Kombination von Informationen sowohl über die konkreten politischen Handlungsvorschläge als auch über die Ideologie einer Partei erlaubt es dem Wähler, in einem Umfeld unvollständiger sowie asymmetrisch verteilter Informationen zu ermitteln, die Wahl welcher Partei ihm den höchsten (erwarteten) Nettotonutzen bringt. Zur Relevanz politischer Ideologien vgl. auch *Downs* (1968), S. 94ff.; *Behnke* (2001), S. 447ff.

¹⁸ Dies ergab eine Umfrage bei Bündnis90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD. Alle Parteien gaben an, dass für den Aufbau der jeweiligen Internetpräsenz zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. Die Informationsverbreitung über die traditionellen Medien wurde mit den gleichen Finanzmitteln wie in der Vergangenheit ausgestattet.

gestärkt zu haben: Das Internet konnte seinen Vorteil als „schnellstes Massenmedium“ ausspielen.¹⁹

Am Beispiel der Homepages der *SPD* (www.spd.de) und der *CDU* (www.cdu.de) soll im Folgenden die Informationsbereitstellung der Parteien vorgestellt werden. Die Homepages der beiden Parteien sind dabei recht ähnlich aufgebaut,²⁰ es wird sowohl über die aktuelle Tagespolitik, als auch über die jeweilige Parteiideologie informiert. Hintergrundmaterial wird in Form von Parteiprogrammen, Dossiers und Kampagnenmaterial²¹ zum Download bereitgestellt. Beide Parteien bieten dem Nutzer zudem die Möglichkeit, sich in einen elektronischen Newsletter aufnehmen zu lassen. Außerdem stellen sie einen so genannten RSS-Feed²² mit aktuellen Meldungen aus der Partei zur Verfügung. Nachdem zuerst die SPD einen PodCast²³ angeboten hatte, auf dem Ansprachen und Reden von Politikern zur Verfügung gestellt wurden,²⁴ zog die CDU nach. Mittlerweile ist der von Bundeskanzlerin Angela Merkel moderierte PodCast „Angela Merkel – Die Kanzlerin direkt“²⁵ der wohl wichtigste politische PodCast in Deutschland. Hier veröffentlicht die Bundeskanzlerin jeden Samstag ihre Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen, wie zum Beispiel zur Gesundheitsreform oder zur Integration von Ausländern.

¹⁹ Vgl. *Bieber* (2005), der allerdings voraussagt, dass das Internet in dem Augenblick für den Wahlkampf an Bedeutung verliert, in dem die anderen Massenmedien diesen zeitlichen Vorsprung aufgeholt haben.

²⁰ Dies gilt auch für die Homepages der anderen Parteien, vgl. hierzu *Bieber* (2005).

²¹ Vgl. z.B. www.rote-wahlmannschaft.de.

²² RSS-Feeds (Really Simple Syndication) sind Nachrichtenquellen, die ähnlich einem Newsticker in Form von Schlagzeilen die aktuellen Nachrichten auf dem Monitor durchlaufen lassen. Die entsprechenden Schlagzeilen sind so verlinkt, dass über sie der jeweilige Artikel aufgerufen werden kann.

²³ Der Begriff „PodCast“ setzt sich zusammen aus den Worten „iPod“, dem Namen eines transportablen MP3-Players der Firma Apple, und „Broadcast“, dem englischen Wort für „Sendung“ bzw. „Ausstrahlung“. Als PodCast wird eine Form der Verbreitung von *Audiodateien* im MP3-Format bezeichnet, bei der entsprechenden Dateien Online bereitgestellt werden. Vgl. *Rubens* (2006), S. viii-xiv.

²⁴ So z.B. die Rede von MATTHIAS PLATZECK auf dem SPD-Bundesparteitag in Karlsruhe am 15.11.2005, vgl. www.spd-podcast.de/eintrag.php?id=58#k6289421.

²⁵ Vgl. www.bundestkanzlerin.de/Webs/BK/DE/Aktuelles/VideoPodcast/video-podcast.html.

Im Bundestagswahlkampf 2005 nutzten die Parteien das Internet nicht nur, um ihr eigenes Profil zu schärfen, das so genannte *negative campaigning* bekam einen ganz neuen Stellenwert.²⁶ Bei dieser Art der Wahlwerbung stehen nicht die Ziele und Leistungen der eigenen Partei im Vordergrund, vielmehr wird versucht, die Fehler und Schwächen des politischen Gegners herauszuarbeiten. Auf speziellen Websites, die von den Hauptseiten der Partei meist getrennt sind, wird die Politik der jeweiligen Konkurrenten angeprangert.²⁷

Neben den großen Volksparteien sind auch kleinere Parteien und Einzelkandidaten im politischen Wettbewerb tätig. Insbesondere für diese bietet das Internet neue Möglichkeiten, mit ihren Anliegen Resonanz bei breiteren Bevölkerungsgruppen zu finden und somit ihre Chancen auf den Einzug ins Parlament zu erhöhen. Da Einzelkandidaten nicht auf die Unterstützung einer Partei zurückgreifen können, stehen ihnen aus organisatorischen und finanziellen Gründen die traditionellen Werbekanäle nicht in gleichem Umfang wie den Kandidaten einer Partei zur Verfügung.²⁸ Dieser Nachteil könnte durch den Einsatz des Internets als kostengünstige Alternative zu den klassischen Medien zumindest teilweise kompensiert werden. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass die Einzelkandidaten Wert auf einen qualitativ hochwertigen Internetauftritt legen und vergleichsweise viele Ressourcen ihres Werbeetats hierauf verwenden.²⁹ In der empirischen Betrachtung ist jedoch festzustellen, dass diese Vermutung (bisher) nur auf einige der Einzelkandidaten zutrifft.³⁰ Die derzeit relativ geringe Nutzung ist dadurch zu erklären, dass das Internet als relativ junges Medium noch nicht den gleichen Stel-

²⁶ Auch wenn *negative campaigning* kein ursprünglich „originäres Element des Online-Wahlkampfes [ist, trauen sich] aber ganz offensichtlich [...] die Wahlkämpfer an der digitalen Plakatwand mehr als im realen öffentlichen Raum“. *Bieber* (2005). *Asay/Saari* verweisen auf die lange Tradition des *negative campaigning* in den USA. Vgl. *Asay/Saari* (2004), S. 3.

²⁷ Eigene *negative campaigning*-Seiten haben z.B. CDU (www.leere-versprechen.de) und SPD (www.die-falsche-wahl.de). Die Bayern-Grünen greifen die CSU dagegen direkt auf ihrer Startseite an (www.bayern.gruene-partei.de).

²⁸ Kandidaten der CSU steht beispielsweise durch den Bayernkurier ein exklusives Sprachrohr für landesweite Kampagnen zur Verfügung.

²⁹ Vgl. *Norris* (2001), S. 239.

³⁰ Ein Beispiel dafür, wie die Homepages von Einzelkandidaten mit den Internetauftritten von Parteien mithalten können, ist die Internetpräsenz von *Martin Hohmann* (www.hohmandirekt.de). In seinem „Wahlkampf-

lenwert wie die herkömmlichen Medien besitzt. Für die Zukunft ist jedoch ein deutliches Wachstum des Onlinewahlkampfes insbesondere bei unabhängigen Kandidaten zu erwarten.

Unsere Untersuchungen zum Bundestagswahlkampf 2005 haben gezeigt, dass Politiker und Parteien das Internet als *zusätzliches* Medium für ihren Wahlkampf genutzt haben, die traditionellen Werbemittel wurden in gleichem Umfang wie bisher genutzt. Die Inhalte der Online-Wahlwerbung waren dabei fast deckungsgleich mit den Inhalten der so genannten Offline-Werbung über Plakate, Handzettel etc. Dieses Ergebnis entspricht der evolutorischen Entwicklung, die neue Medien gemäß *McLuhan* durchlaufen: alte Medien treten als „Inhalte“ der neuen Medien auf.³¹ Daneben sind aber auch vermehrt neue Formate wie Weblogs und Podcasts zu beobachten, die tatsächlich ganz neue Formen der Informationsbereitstellung darstellen.

tagebuch“, dokumentiert er seinen Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 in Wort und Bild. *Hohmann* präsentiert auf seiner Internetpräsenz seine Ideologie und seine auf kurze Schlagworte zugespitzten Ziele.

³¹ Vgl. *McLuhan* (1997), S. 151.

3.1.2 Verbände

Gemäß der ökonomischen Theorie der Politik versuchen Verbände, Partikularinteressen ihrer Klientel im politischen Prozess gegenüber den Präferenzen der Allgemeinheit durchzusetzen. Dies gelingt, da gut organisierte kleine Gruppen ihre Interessen besser in den politischen Wettbewerb transportieren können, als dies großen, unorganisierten Gruppen mit heterogenen Präferenzen möglich ist.³² Die Mittel, die von den Verbänden eingesetzt werden um Lobbyismus zu betreiben, sind hauptsächlich die Bereitstellung von selektiven Informationen sowie die Unterstützung in Form von Wählerstimmen.³³ Der politische Erfolg von Verbänden und die Zahl ihrer Mitglieder bedingen sich – zumindest teilweise – gegenseitig: da die Nutzenfunktion von Politikern der Wiederwahlrestriktion³⁴ unterliegt, ist für sie die Unterstützung durch große Wählergruppen unabdingbar. Ein Verband wird daher einerseits umso erfolgreicher in seiner Lobbyarbeit sein, je mehr Unterstützung in Form von Wählerstimmen er den Politikern „anbieten“ kann.³⁵ Andererseits werden potentielle neue Mitglieder insbesondere dann einem Verband beitreten, wenn sie von dessen Durchsetzungsfähigkeit für ihre Partikularinteressen überzeugt sind. Neben der direkten Beeinflussung der Politiker versuchen Interessenverbände auch, indirekt Druck auf die Politik auszuüben, indem sie durch die Bereitstellung von Informationen Einfluss auf die allgemeine öffentliche Meinung nehmen.³⁶

Das Internet ist für Interessenverbände besonders deshalb interessant, weil es ihnen die Verbreitung ihrer Informationen auch innerhalb einer geographisch weit verstreuten Rezipien-

³² Vgl. *Olson* (1965), S. 53.

³³ Hinzu kommen eventuell sogar monetäre Zuwendungen oder Zwang. Anzumerken ist, dass es zwar im Interesse der Verbände liegt, einseitig zu informieren, sie werden jedoch nicht bewusst falsche Informationen in erheblichem Umfang weiter reichen, da ansonsten ihre Reputation gefährdet ist. Vgl. *Bernholz/Breyer* (1994), S. 170; *Grossekettler* (2003), S. 703f.

³⁴ Vgl. *Frey/Kirchgässner* (2002), S. 13; *Grossekettler* (2003), S. 701.

³⁵ Es gibt natürlich auch Beispiele für sehr erfolgreiche Verbände, die nur eine sehr geringe Zahl von Mitgliedern vertreten. Diese setzen bei ihrer Lobbyarbeit jedoch weniger auf die Unterstützung der Politiker durch Wählerstimmen. Da in der vorliegenden Studie insbesondere die Beziehung von Verband zu (potentiellen) Mitgliedern unter den veränderten Rahmenbedingungen des Internets untersucht werden soll, wird hier nur auf relativ mitgliederstarke Verbände eingegangen.

³⁶ Vgl. *Beyme* (1969), S. 151.

tenpopulation ermöglicht. Ein Beispiel für eine Interessenvertretung, die das Internet als Informationsmedium nutzt, ist die Initiative *Mehr Demokratie e.V.* (www.mehr-demokratie.de). Dieser Verein setzt sich für eine stärkere politische Partizipation der Bürger in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden ein. Auf allen politischen Ebenen sollen die direktdemokratischen Elemente gestärkt werden.

Auf der Homepage von *Mehr Demokratie e.V.* werden aktuelle Meldungen rund um das Thema „direkte Demokratie“ bereitgestellt, die auch als täglicher Newsletter per E-Mail empfangen werden können. Je nachdem, ob es sich um Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene, Volksentscheide auf Landes- oder Bundesebene oder um die EU-Verfassung handelt, können entsprechende Informationen abgefragt werden. Für detailliertere Auskünfte sowie eine Unterstützung in der Vorbereitung eigener Bürgerentscheide oder Volksbegehren stehen zudem Ansprechpartner bereit. Eine Datenbank erlaubt darüber hinaus eine gezielte Schlagwortsuche nach zeitlich zurückliegenden Nachrichten und Kampagnen. Der Verein organisiert auch selbst Kampagnen, in denen eine stärkere direktdemokratische Einbindung der Bürger gefordert wird. So wird beispielsweise eine Online unterschreibbare Unterschriftenliste für ein Referendum zur Einführung eines EU-Konventes angeboten.³⁷

Ein weiteres Beispiel für einen Interessenverband mit engem fachlichen, aber sehr weitem geographischen Aufgabengebiet ist *Amnesty International* (www2.amnesty.de).³⁸ Auf ihrer Homepage berichtet *ai Deutschland* einerseits unter der Rubrik „Aktuelles“ über weltweite Verstöße gegen die Menschenrechte, andererseits wird über geplante Veranstaltungen von *ai Deutschland* berichtet. Über die Navigationsleiste ist es möglich, gezielt Berichte über Themen wie z.B. Menschenrechte, Todesstrafe und Folter, sowie einzelne Staaten abzurufen. Außerdem sind dort Informationen über die Aktionen und Kampagnen von *ai Deutschland* sowie Aufrufe zur Teilnahme an diesen verfügbar. Zudem können sich interessierte Bürger in einen E-Mail-Verteiler der so genannten *Briefe gegen das Vergessen* aufnehmen lassen.

³⁷ Diese Kampagne wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk *Democracy International* (www.european-referendum.org) durchgeführt.

³⁸ „[A]mnesty international (ai) ist eine weltweite, [...] unabhängige Mitgliederorganisation. Auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wendet sich ai gegen schwer wiegende Verletzungen der

3.1.3 „Unabhängige“ Akteure

Für den Bereich der „unabhängigen“ Akteure sollen hier die Internetpräsenzen der Print- und Rundfunkmedien sowie des Fernsehens untersucht werden. Diese Informationsanbieter decken in ihrer Berichterstattung die gesamte Breite des politischen und gesellschaftlichen Themenspektrums ab. In ihrer Art der Internetnutzung lassen sich die Medien wie folgt kategorisieren: Die so genannten traditionellen Medien, d.h. Print, Rundfunk und Fernsehen, nutzen das Internet als *zusätzlichen* Informationskanal zu ihrem bisherigen Angebot. Als Beispiele sollen im Folgenden das Magazin *Der Spiegel* (www.spiegel.de) und die *Tagesschau* (www.tagesschau.de) dienen. Andererseits gibt es reine Internetmedien, wie z.B. die *Netzeitung* (www.netzeitung.de), die *ausschließlich* über das Internet verbreitet werden.

Das Magazin *Der Spiegel* erscheint in seiner Print-Version wöchentlich, die OnlineVersion *Spiegel- Online* dagegen wird täglich aktualisiert, wobei die Artikel der Online-Ausgabe jedoch tendenziell kürzer als die Beiträge der Print-Version sind. Neben der Textdarstellung kann auf der Hauptseite von *Spiegel- Online* auch auf eine Videoversion der wichtigsten Mitteilungen zugegriffen werden. Daneben finden sich Dossiers zu aktuellen Themen und ein Archiv, in dem Artikel der Print-Ausgabe und ältere Nummern der Online-Version als kostenpflichtige Dateien bezogen werden können. Über die Seite von *Spiegel- Online* ist zudem ein Newsletter in deutscher oder englischer Sprache abonnierbar und es wird ein RSS-Feed zur Verfügung gestellt.

Im Gegensatz zum Wochenmagazin *Der Spiegel* ist die *Netzeitung* ein originäres Internet-Medium. Die *Netzeitung* wird ausschließlich über das Internet verbreitet, ihre Nutzung ist kostenlos. Die Publikation finanziert sich über die Werbeeinnahmen von Anzeigen auf der Homepage.³⁹ Neben aktuellen Nachrichten werden in der *Netzeitung* auch Hintergrundberichte und Kommentare angeboten; das Informationsangebot der *Netzeitung* entspricht somit dem

Rechte eines jeden Menschen auf Meinungsfreiheit, auf Freiheit von Diskriminierung sowie auf körperliche und geistige Unversehrtheit.“ Vgl. www2.amnesty.de.

³⁹ Die *Netzeitung* kann auch kostenpflichtig abonniert werden, wobei die Abonnenten dann auf eine werbefreie Version der Zeitung zurückgreifen können.

Spektrum traditioneller Print-Tageszeitungen. Ein besonderes Angebot, das die *Netzeitung* von den traditionellen Printmedien unterscheidet, ist die so genannte *Readers Edition*, ein wiki-basiertes⁴⁰ Projekt, in dem jeder Nutzer die Möglichkeit hat, von ihm verfasste Artikel im Rahmen dieser Zeitung einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.⁴¹

Die *Tagesschau* verlässt in ihrem Online-Angebot ein Stück weit ihre originäre audiovisuelle Darstellungsform. Die Nachrichten werden ähnlich wie auf den Seiten der Printmedien insbesondere als Texte (ergänzt mit Fotos und Dossiers) bereitgestellt, der ebenfalls angebotene Video-Livestream der Nachrichtensendungen erscheint durch seine Platzierung am linken Rand der Hauptseite fast wie ein Zusatzangebot. Zudem beschränkt sich das Angebot nicht auf die reine Faktenübermittlung, sondern erweitert die Fernsehversion um Hintergrundinformationen und Kommentare. Ein weiterer Unterschied liegt in der Natur der beiden Medien: während eine Tagesschauendung im Fernsehen nur einmal ausgestrahlt wird, ist sie in der Onlineversion beliebig lange speicher- und abrufbar. Unter der Rubrik „Info-Services“ bietet auch die Tagesschau einen Podcast ihrer Nachrichtensendung, das Abonnement eines Newsletters sowie eines RSS-Feeds an.

⁴⁰ Als wiki-Projekte werden Angebote bezeichnet, bei denen die Nutzer aktiv in die Gestaltung eingebunden sind. So können Artikel durch die Nutzer verfasst, verbessert und kommentiert werden. Das prominenteste Beispiel für ein solches Angebot ist die Internetenzyklopädie Wikipedia.

⁴¹ Im Gegensatz zu Leserbriefen reagieren die Autoren hier nicht auf Beiträge von Redakteuren, sondern verfassen ihre eigenen Artikel.

3.2 Informationsrezeption

Eine demokratische Legitimation politischen Handelns durch die Bürger kann nur dann entstehen, wenn die von Parteien, Verbänden sowie den unabhängigen Akteuren bereitgestellten Informationen von der Bevölkerung auch aufgenommen und verarbeitet werden und sich die Bürger auf Grundlage dieser Informationen am politischen Geschehen beteiligen.⁴² Aus individuell rationaler Perspektive ist jedoch zunächst nicht einsichtig, warum Individuen die Kosten der Informationsbeschaffung und -verarbeitung sowie daran anschließend die Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen auf sich nehmen, da die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Stimme bei Entscheidungen in großen Kollektiven den Ausschlag gibt, nahe Null ist.⁴³ Der Anreiz, trotzdem zu wählen, ist gemäß *Riker/Ordeshook* in einer moralischen Verpflichtung, der so genannten *civic duty* zu finden. Diese verlangt von den Gesellschaftsmitgliedern im Rahmen der allgemeinen Bürgerpflichten eine *wohlinformierte* Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen, um ihren Teil zum Kollektivgut „Funktionsfähigkeit der Demokratie“ zu leisten.⁴⁴

Das Nutzen-Kosten-Kalkül, das die tatsächliche Wahlbeteiligung determiniert, ist neben dem Nutzen, der moralischen Verpflichtung nachzukommen, stets auch direkt von der jeweiligen Höhe der Informationskosten abhängig. In der jüngeren Vergangenheit wird immer häufiger argumentiert, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erheblich zu einer Senkung dieser Informationskosten beitragen könnten.⁴⁵ Gleichzeitig wird jedoch auch darauf verwiesen, dass das Internet noch nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugänglich ist und einige soziale Schichten in den Möglichkeiten ihrer politischen Partizipation systematisch benachteiligt werden (der so genannte *digital divide*).⁴⁶ Kritiker schließen daraus, dass ein vermehrter Einsatz des Internets im Rahmen der kollektiven Willensbildung

⁴² Vgl. *Kirchgässner/Feld/Savioz* (1999), S. 47f.

⁴³ Zum so genannten *Paradox des Wählens* vgl. *Downs* (1968).

⁴⁴ Vgl. *Riker/Ordeshook* (1968), S. 28.

⁴⁵ Vgl. *Wagner* (2003), S. 155; *Becker/Hartwig* (2006), S. 169ff.

⁴⁶ Eine sehr ausführliche Diskussion zum *digital divide* findet sich bei *Norris* (2001).

daher aus demokratischer Sicht nicht legitimierbar sei.⁴⁷ *Alvarez/Hall* stellen diesem Argument jedoch Untersuchungen entgegen, die zeigen, dass das Internet insbesondere von solchen Bevölkerungsgruppen genutzt wird, die bisher wenig am politischen Leben teilgenommen haben. Sie sehen darin die Chance, der Politik wieder zu einer verstärkten Repräsentativität zu verhelfen: die Gruppe der jüngeren Menschen, die gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung im politischen Leben stark unterrepräsentiert ist, jedoch eine besonders hohe Internetnutzung aufweist, soll zu Lasten der älteren Generationen gestärkt werden, die im politischen Geschehen im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil derzeit ein „zu hohes“ Gewicht haben, jedoch nur einen sehr geringen Teil der Internetnutzer ausmachen.⁴⁸

Sowohl Kritiker als auch Befürworter des Internets sehen in der rein materiellen Verfügbarkeit eines Internetzugangs auch kein dauerhaftes Problem für die Demokratie, offen bleibt jedoch zunächst die Frage, inwieweit intellektuelle Anforderungen an die Internetnutzer bestimmte Bevölkerungsgruppen benachteiligen könnten.⁴⁹ Im Folgenden soll nun kurz das Ausmaß des *digital divide* in Deutschland nachgezeichnet werden. Dabei werden zum einen Daten über den Internetzugang der verschiedenen Bevölkerungsgruppen angeführt, zum anderen aber auch Untersuchungen vorgestellt, die den tatsächlichen Gebrauch des Internets für die politische Willensbildung analysiert haben.

Die Entwicklung des Hypertextes 1989 im CERN⁵⁰ und der darauf folgende Aufbau des World Wide Web ermöglichten die Nutzung des Internets durch die breite Bevölkerung und trugen damit zu seiner Kommerzialisierung bei.⁵¹ In Deutschland begann der Internet-Boom im Vergleich zu den USA erst relativ spät in den 1990er Jahren. So hatten 1997 gerade einmal

⁴⁷ Vgl. z.B. *Golding* (1996).

⁴⁸ Vgl. *Alvarez/Hall* (2004), S. 31-53.

⁴⁹ Vgl. *Rogg* (2003), S. 148.

⁵⁰ *Organisation Européenne pour la Recherche Nucléaire*, vormalis *Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire*.

⁵¹ Mit der Veröffentlichung des Browsers „Mosaic“ 1993 wurde das World Wide Web (WWW) auch außerhalb der Wissenschaft populär.

4,11 Mio. bzw. 6,5% der bundesdeutschen Bevölkerung Zugang zum Internet⁵², im Jahr 2006 sind es bereits 37,8 Mio. bzw. 58,2%⁵³. Auffallend ist jedoch die ungleiche Nutzung des Internets durch die verschiedenen Altersgruppen. Zwar sind die Zuwachsraten der Internetnutzung bei den über 50-jährigen in den letzten Jahren erheblich gestiegen, insgesamt liegt die Nutzung aber im Vergleich zu den jüngeren Bevölkerungsgruppen auf einem sehr niedrigen Niveau (Abb. 2).

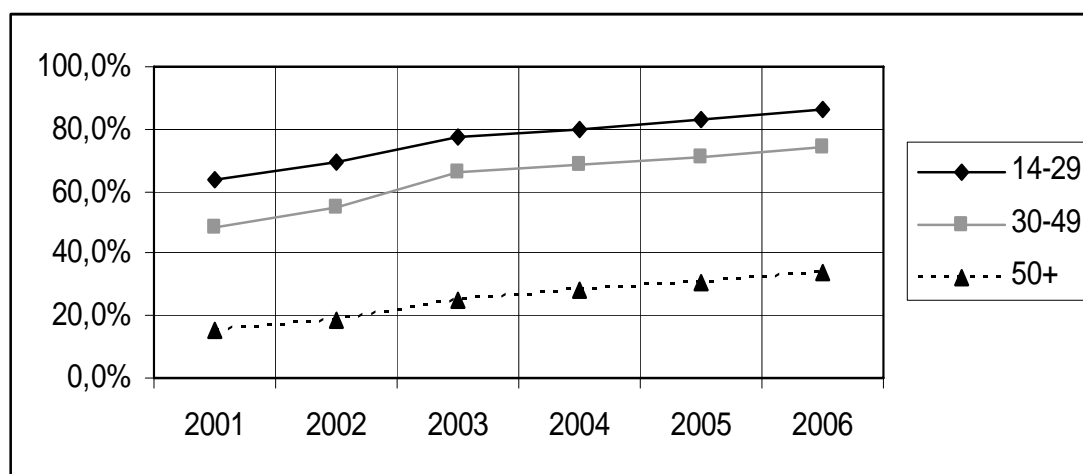


Abb. 2: Internetzugang in den Altersgruppen Quelle: TNS Infratest (2006), S. 12.

Der zweite soziodemographische Faktor, anhand dessen der *digital divide* in Deutschland gemessen wird, ist der formale Bildungsgrad der Internetnutzer. Während Personen, die über einen hohen formalen Bildungsgrad verfügen, zu einem sehr hohen Anteil auch einen Internetzugang besitzen, nimmt dieser Prozentsatz der Internetnutzer mit sinkendem formalen Bildungsgrad stetig ab. Ähnlich wie bei den Altersgruppen sind auch hier die Zuwachsraten bei den Bildungsgruppen, die bisher eine verhältnismäßig niedrige Internutzung aufweisen, teilweise überproportional (Volksschule mit Lehre), allerdings bleibt die Kluft zu den Gruppen mit hohem formalen Bildungsgrad und hoher Nutzungsintensität sehr groß (Abb. 3). Eine Besonderheit stellt die Gruppe der Schüler dar. Ihr angestrebter Bildungsabschluss ist hier nicht erfasst worden. Da sie jedoch die Gruppe mit der absolut höchsten Internetnutzung darstellen, kann – vorausgesetzt die individuelle Internetnutzung bleibt konstant - erwartet wer-

⁵² Vgl. van Eimeren/Gerhard/Frees (2001), S. 383.

den, dass mit der jüngeren Generation der Internetzugang in allen Bildungsgruppen steigen wird. Somit würde die Kluft in der Internetnutzung zwischen Personengruppen mit hohem formalen Bildungsgrad und solchen mit geringem formalen Bildungsgrad sinken.

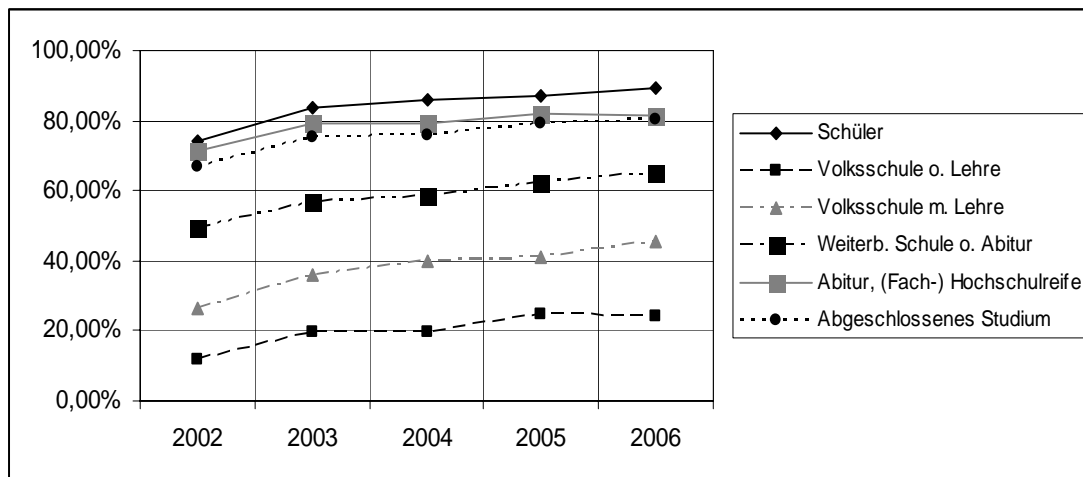


Abb. 3: Internetzugang in den Bildungsgruppen Quelle: TNS Infratest (2003-2006).

Zur Beschreibung des *digital divide* werden noch zwei weitere soziodemographische Faktoren angeführt: zum einen das Geschlecht und zum anderen das Haushaltsnettoeinkommen. Tendenziell nutzen mehr Männer als Frauen das Internet. Der Anteil der Männer mit Internetzugang hat sich von 44,2% im Jahr 2002 auf 65,4% im Jahr 2006 erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Internetnutzung bei den Frauen von lediglich 30,5% auf 51,5%.⁵⁴ Die Kluft ist also auch hier im Zeitablauf relativ konstant geblieben. Ähnlich sieht es bei der Untersuchung in Abhängigkeit vom Nettoeinkommen des Haushalts aus: Haushalte mit einem geringen Nettoeinkommen haben im Vergleich zu Haushalten mit hohem Nettoeinkommen eine - im Zeitablauf konstant bleibende - geringere Internetnutzung (Abb. 4).

⁵³ Vgl. TNS Infratest (2006), S. 10.

⁵⁴ Vgl. TNS Infratest (2006), S. 13.

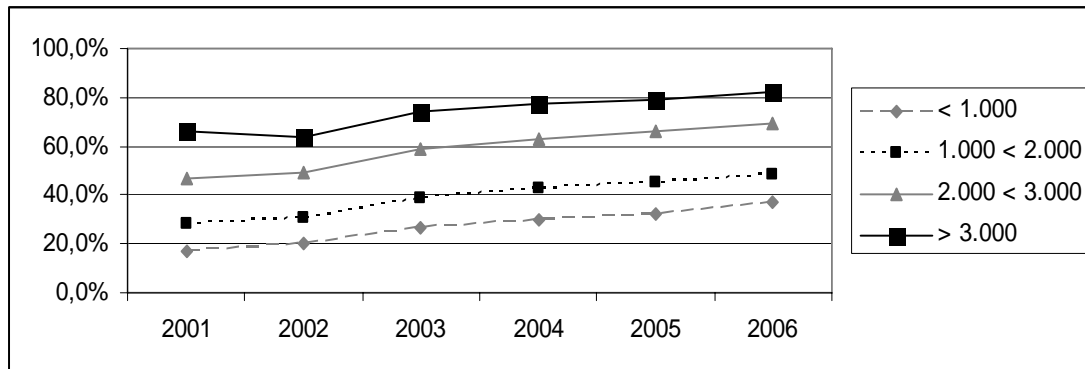


Abb. 4: Internetzugang in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen

Quelle: TNS Infratest (2006), S. 15.

Neben der Darstellung des *digital divide* ist für die Analyse eines möglichen Einsatzes des Internets zur Verbesserung der kollektiven Willensbildung auch zu untersuchen, inwieweit das Internet überhaupt zur politischen Information und Partizipation genutzt wird. In Abb. 5 sind die Nutzungsgewohnheiten bundesdeutscher Haushalte für die Jahre 2001 und 2006 dargestellt.

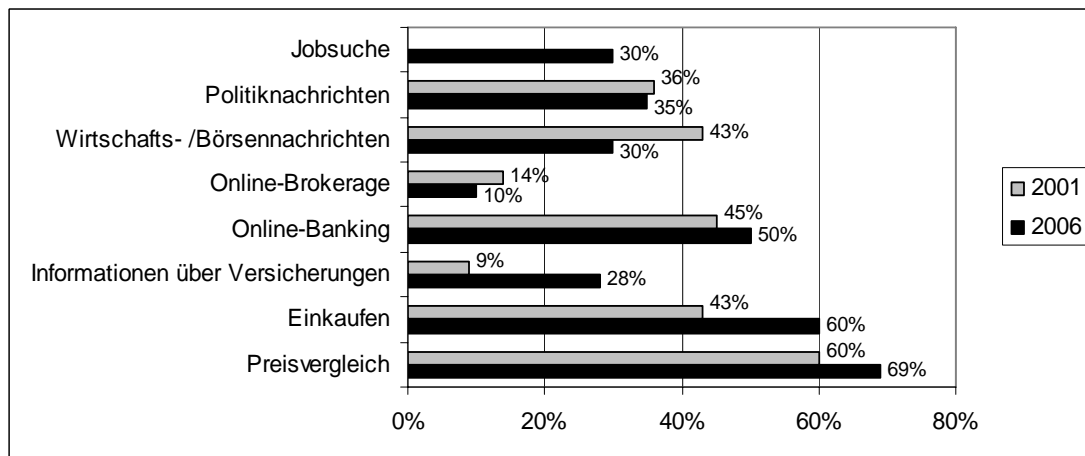


Abb. 5: Nutzungszwecke des Internets

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Online (2001-2006), Internetstrukturdaten.

Aus der Untersuchung der Informationsrezeption über das Internet sind somit zwei hauptsächliche Ergebnisse festzuhalten. Zum einen existiert in Deutschland nach wie vor der so genannte *digital divide*, der für bestimmte Bevölkerungsgruppen – vorwiegend Ältere, Frauen sowie Personen mit geringem formalen Bildungsgrad und geringem Haushaltsnettoeinkommen

men – eine Benachteiligung bei der Nutzung des Internets sieht. Diese Kluft schließt sich bisher nur sehr langsam, allerdings ist die Generation, die mit dem Internet aufgewachsen ist, noch nicht im Erwachsenenalter angekommen. Es erscheint legitim, für die Zukunft anzunehmen, dass sich die digitale Spaltung der Gesellschaft in den künftigen Generationen schließen wird. Zum anderen ist die Rezeption von explizit politischen Nachrichten über das Internet (lediglich 35% der Nutzer geben an, das Internet zur Suche nach politisch relevanten Informationen zu nutzen) zum jetzigen Zeitpunkt relativ gering.

3.3 Internetdiskussion

Diskussionen sind ein wichtiger Bestandteil des Prozesses der kollektiven Willensbildung. Hier werden die verschiedenen Handlungsoptionen, die sich in Informationsbereitstellung und Rezeption herauskristallisiert haben, miteinander verglichen und ihre jeweiligen Vor- und Nachteile bewertet. Traditionell fanden Diskussionen in eher kleinen Gruppen statt, da die Organisation von Diskussionen mit großer Teilnehmerzahl sowohl räumlich als auch zeitlich (alle Teilnehmer müssen zur gleichen Zeit an einem Ort zusammen kommen) und ablauftechnisch (wer darf wann einen Redebeitrag leisten) zu aufwendig war. Durch die Nutzung des Internets können die Diskussionen in ihrer Teilnehmerzahl erheblich erweitert werden. Die Teilnahme ist von jedem beliebigen Computer mit Internetanschluss aus möglich; die Speicherbarkeit der Beiträge erlaubt es zudem, die Diskussion zu einem beliebigen Zeitpunkt nachzuvollziehen und gezielt auf einzelne Argumente zu reagieren. Damit diese interaktive Freiheit der Internetdiskussion nicht zum Chaos führt, wird auch bei dieser Form der Diskussion eine klare Struktur für die Anordnung einzelner Diskussionsbeiträge sowie eine Moderation benötigt.⁵⁵ Im Folgenden soll untersucht werden, wie politische Parteien und unabhängige Akteure die verschiedenen Phänomene der Diskussion, z.B. Chats und Foren, aber auch Weblogs⁵⁶ einsetzen.

⁵⁵ Zur Notwendigkeit der Moderation besonders in politischen Foren vgl. *Rogg* (2003), S. 100f.; *Siedschlag/Rogg/Welzel* (2002), S. 64f.

⁵⁶ Zu Weblogs oder kurz Blogs vgl. *Zerfuß/Boelter* (2005), S. 20.

3.3.1 Politische Parteien

Einige politische Parteien bieten den Nutzern ihrer Internet-Seiten die Möglichkeit, sich an frei zugänglichen Diskussionsforen zu beteiligen. So wird beispielsweise auf der CDU-Homepage ein moderiertes Diskussionsforum angeboten, für das sich jeder Besucher unter Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse registrieren lassen kann.⁵⁷ In diesem öffentlichen Forum können die Nutzer sowohl eigene Themen eröffnen, als auch die Beiträge anderer Nutzer beantworten und sie bewerten („Stimme zu!“ „Bin Dagegen!“). Derzeit umfasst das Forum ca. 9.000 Beiträge.⁵⁸ Die Moderationspolitik sieht vor, dass neben der üblichen Regel, beleidigende oder veraltete bzw. nicht mehr diskutierte Themen zu löschen, auch solche Beiträge entfernt werden, die Wahlaufufe für andere Parteien als die CDU enthalten.

Daneben existiert ein internes Forum, das *Mitgliedernetz*, das nur bei Angabe der Mitgliederdaten zugänglich ist.⁵⁹ Auch im internen Forum der CDU können die Parteimitglieder nach dem Einloggen eigene Diskussionsrunden eröffnen, die Beiträge anderer Nutzer kommentieren, Umfragen starten und sich an diesen beteiligen. Dieses Forum wird in gleicher Weise wie das öffentliche Diskussionsforum moderiert. Die Mitglieder haben zudem die Möglichkeit, sich an einem oder mehreren der insgesamt siebzehn virtuellen Arbeitskreise zu beteiligen, in denen gemeinsam zentrale Fragen des Grundsatzprogramms erarbeitet werden sollen. Die Beiträge in den virtuellen Arbeitskreisen können von allen Mitgliedern eingesehen werden, verfassen und kommentieren können sie nur die Teilnehmer des jeweiligen Arbeitskreises. Das Mitgliedernetz hat derzeit etwa 13.300 Mitglieder, die bisher ca. 40.000 Beiträge verfasst haben.⁶⁰

Auch Bündnis 90/Die Grünen (www.gruene.de) und die FDP (www.fdp.de) bieten auf ihren Homepages jeweils ein moderiertes Diskussionsforum an, zu dem man nach einmaliger Re-

⁵⁷ Vgl. diskussion.cdu.de/forum/userdata.htm.

⁵⁸ Aufgrund der Moderationspolitik, ältere bzw. nicht mehr diskutierte Themen zu löschen, lassen sich allerdings keine Rückschlüsse auf die Zahl der insgesamt verfassten Beiträge ziehen.

⁵⁹ Vgl. cdunet.cdu.de.

⁶⁰ Stand: 28.09.2006.

gistrierung mittels einer gültigen E-Mailadresse Zugang erlangt. Neben Foren mit vorgegebenen Themen können in einem „Offenen Forum“ zu allen Themen Beiträge eingestellt werden. Die Nutzer haben das Recht, neue Themen zu eröffnen, eigene Beiträge zu schreiben und die Beiträge anderer zu kommentieren. Die Moderationsregeln sind mit denen der CDU-Foren vergleichbar:⁶¹ Themen und Beiträge werden gelöscht, wenn sie entweder längere Zeit nicht mehr kommentiert wurden, oder aber gegen das deutsche Presserecht verstoßen oder sich der Inhalt nicht auf das entsprechende Thema bezieht. Ein spezielles Diskussionsforum, zu dem ausschließlich Parteimitglieder Zugang haben, existiert nicht.

Die SPD bietet dagegen keine Diskussionsforen auf ihrer Homepage an. Stattdessen wird dort auf mehrere Weblogs verwiesen: In dem unmoderierten Blog www.kraft-der-erneuerung.de werden von SPD-Vorstandsmitglied *Andrea Nahles* und SPD-Generalsekretär *Hubertus Heil* Beiträge zur Programmdebatte der SPD eröffnet, die anschließend von den Nutzern kommentiert werden können. Neben der Parteihomepage existiert auch eine Seite www.rote-wahlmannschaft.de, auf der sich Unterstützer unabhängig von einer Parteimitgliedschaft für den Bundestagswahlkampf 2005 registrieren lassen konnten. Innerhalb dieses Bereiches war es möglich dann z.B. per E-Mail Wahlaufrufe und unter www.roteblogs.de eigene Weblogs zu starten.

⁶¹ Somit haben sich die Moderationsregeln für das Forum der Grünen verändert: Die Beiträge können jetzt direkt eingestellt werden und müssen nicht mehr durch die Moderatoren freigeschaltet werden, vgl. *Rogg* (2003), 101; *Siedschlag/Rogg/Welzel* (2002), S. 65.

3.3.2 „Unabhängige“ Akteure

Auch die unabhängigen Akteure bieten Interessierten die Möglichkeit, über politisch relevante Themen in ihren Onlineforen zu diskutieren. Ein solches Forum betreibt z.B. der Deutsche Bundestag (www.bundestag.de/forum/index.php). Die Themen werden dabei ausschließlich von den Moderatoren vorgegeben, die auch alle neu verfassten Beiträge frei schalten müssen, bevor diese öffentlich einsehbar sind. Anders als bei den Foren der Parteien findet hier die Moderation also ex-ante statt. Bisher sind etwa 200 Beiträge verfasst und akzeptiert worden.⁶² Über den Punkt „Öffentliche Petitionen“ gelangt man im Diskussionsforum zu einer Liste aktuell laufender öffentlicher Petitionen im Bundestag, die über das Internet unterzeichnet werden können. Neben den Inhalten der Petitionen und dem derzeitigen Stand ihrer Bearbeitung sind auch die Daten der bisherigen Unterzeichner (Name und Land) einzusehen. Diese Petitionen können zudem in einem vom allgemeinen Teil des Diskussionsforums getrennten Bereich von den Nutzern kommentiert werden.

Die im deutschsprachigen Raum am häufigsten besuchte Internetpräsenz Spiegel- Online (www.spiegel.de) bietet ebenfalls ein Diskussionsforum an. Ebenso wie im Forum des Deutschen Bundestages ist auch hier das Recht, neue Themen zu eröffnen, den Administratoren vorbehalten. Die Teilnehmer können jedoch zunächst zu allen Themen Stellung nehmen und sie diskutieren, die Einhaltung der Diskussionsregeln wird erst im Nachhinein überprüft. Derzeit hat dieses Forum ca. 50.000 Benutzer und etwa 600.000 Beiträge.⁶³

Eine Besonderheit bietet das Diskussionsforum von politik-digital (www.politik-digital.de). In Kooperation mit der Tagesschau (www.tagesschau.de) veranstaltet politik-digital in regelmäßigen Abständen so genannte Live-Chats mit Experten aus Politik und Wissenschaft. Bei diesen Live-Chats können interessierte Nutzer mit den Experten über vorgegebene Themen diskutieren. Auch ist es möglich, Fragen schon vorab zu formulieren und über die Website von politik-digital einzureichen. Die Transkriptionen der Chats sind dann im Anschluss über

⁶² Stand: 10.10.2006.

⁶³ Stand: 09.10.2006.

eine Archivfunktion abrufbar. Dadurch soll auch die Teilnahme von an den jeweiligen Terminen verhinderten Personen ermöglicht werden.

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein sehr vielfältiges Angebot an Onlineforen zur Diskussion politisch relevanter Themen herausgebildet. Die Bandbreite sowohl der Nutzungsintensität als auch der Qualität der Beiträge ist jedoch sehr groß und meist von der Qualität der Moderation abhängig.⁶⁴ Insgesamt ist jedoch zu beobachten, dass diese Form des Diskurses noch nicht die gleiche Akzeptanz bei den Bürgern gefunden hat wie beispielsweise die Informationsbeschaffung über das Internet.⁶⁵ Politische Diskussionen im Internet führen bisher lediglich diejenigen, die politisch sehr interessiert und zugleich mit dem Medium Internet gut vertraut sind.

⁶⁴ Vgl. *Rogg* (2003), S. 101; *Siedschlag/Rogg/Welzel* (2002), S. 65.

⁶⁵ Vgl. *Becker* (2005) und *Becker/Hartwig* (2006).

3.4 Internetwahlen

Im letzten Schritt der kollektiven Willensbildung ermitteln die Mitglieder einer demokratisch verfassten Gesellschaft eine Entscheidung mittels einer Wahl oder Abstimmung.⁶⁶ Angesichts stetig sinkender Wahlbeteiligungen wird auch in Deutschland seit Längerem darüber diskutiert, wie durch den Einsatz des Internets die Partizipation und damit auch die Legitimation demokratischer Entscheidungen gestärkt werden kann. Der damalige Innenminister *Otto Schily* war im Jahr 2001 fest davon überzeugt, dass spätestens zu den Bundestagswahlen 2006 neben der Stimmabgabe an der Urne und per Brief auch eine Wahl über das Internet möglich sein würde.⁶⁷ Es ist bekannt, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. Trotzdem wird angesichts erster positiver Erfahrungen mit rechtskräftigen Wahlen per Internet in europäischen Nachbarländern wie Estland⁶⁸ und der Schweiz⁶⁹ die Vision einer Online-Wahl als zunächst *zusätzliche* Option der Stimmabgabe weiterhin diskutiert.

Im Folgenden werden zunächst kurz die Vor- und Nachteile diskutiert, die im Zusammenhang mit elektronischen Wahlen angeführt werden. Im Anschluss daran werden verschiedene Formen des E-votings beschrieben, bevor im dritten Abschnitt einige empirische Beispiele für Internetwahlen präsentiert werden.

⁶⁶ Während die Personenwahl als typisches Moment in einer repräsentativen Demokratie gilt, steht die Sachabstimmung insbesondere für eine direkte Demokratie. Beide Formen schließen den Prozess der kollektiven Willensbildung ab. Im Gegensatz dazu sind Umfragen dem Markt für politische Informationen zuzuordnen, da durch die Veröffentlichung solcher Umfrageergebnisse ein öffentliches Meinungsbild beeinflusst werden kann. Beispiele für entsprechende Umfragen sind unter www.politikforum.de zu finden.

⁶⁷ Vgl. *Schily* (2001) sowie *Körper* (2001).

⁶⁸ Im Oktober 2005 wurden in Estland die weltweit ersten Kommunalwahlen durchgeführt, bei denen eine Online-Stimmabgabe landesweit möglich war. Vgl. *Breuer/Trechsel* (2006) und Kapitel 3.4.3.5.

⁶⁹ In den Schweizer Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich wurden im Rahmen des so genannten *Vote électronique* bereits eine Reihe verschiedener Pilotprojekte zu rechtskräftigen Abstimmungen per Internet durchgeführt. Dokumentiert werden sie vom *Schweizerischen Bundesrat* (2006), *Kersting* (2004) sowie Kapitel 3.4.3.6.

3.4.1 Vor- und Nachteile von elektronischen Wahlen

In der Diskussion um den Einsatz von Internetwahlen werden von Befürwortern und Gegnern der Onlinewahl jeweils eine ganze Reihe möglicher Vor- bzw. Nachteile angeführt; hier sollen zunächst die bedeutendsten Argumente für die elektronische Wahl (Kosteneinsparungen, Wählermobilisierung und Fehlersenkung) vorgestellt werden, bevor einige der befürchteten Nachteile (Sicherheitsrisiken und *digital divide*) kurz angesprochen werden.

Ein Argument für die elektronischen Wahlen sind die langfristigen Kosteneinsparungsmöglichkeiten. Gegenüber den traditionellen Verfahren der Urnenwahl werden durch E-voting zwar kurzfristig hohe Einführungsinvestitionen für die technische Infrastruktur notwendig,⁷⁰ langfristig kann der bisher notwendige Personal- und Organisationsaufwand für die Durchführung von Wahlen aber gesenkt werden.⁷¹ Neben dieser Kostenersparnis für die Verwaltungen, können durch elektronische Wahlen auch auf Seiten der Wähler Einsparungen realisiert werden. Diesen entstehen durch ihre Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen Kosten z.B. in Form der Zeit, die sie für den Weg zum Wahllokal, eventuelle Wartezeiten und die tatsächliche Stimmabgabe aufwenden müssen (Opportunitätskosten der Zeit). Durch die Einführung von elektronischen Wahlen kann die Möglichkeit der Stimmabgabe auch abseits des zuständigen Wahllokals beispielsweise vom Urlaubsort aus gewährleistet werden.⁷² So können die für die Wähler entstehenden Wegekosten gesenkt werden. Weiterhin kann durch elektronische Wahlen bestimmten Wählergruppen, die bisher für ihre Stimmabgabe auf fremde Hilfe angewiesen waren (insbesondere körperlich eingeschränkte Personen oder Blinde⁷³) erstmals die eigenhändige Abgabe ihrer Stimme ermöglicht werden. Ein weiterer Vorteil ist die Sen-

⁷⁰ Vgl. *Kley/Feller* (2003), S. 104.

⁷¹ Der hohe Personal- und Organisationsaufwand entsteht bei der traditionellen Urnenwahl durch die dezentrale Überwachung der Wahlvorgänge, vgl. *Neymanns* (2002), S. 2ff. Für eine Bundestagswahl wird der Aufwand auf mehr als 62 Mio. € geschätzt, hinzu kommt die Mobilisierung von etwa 630.000 freiwilligen Wahlhelfern, vgl. *Petersen* (2005). Diese Einsparungspotentiale scheinen zumindest auf kommunaler Ebene bei den Erwägungen, elektronische Wahlen einzuführen, den Ausschlag zu geben, vgl. *Otten* (2001), S. 74.

⁷² Vgl. *Neymanns* (2002), S. 30.

⁷³ Vgl. *Alvarez/Hall* (2004), S. 27ff.

kung der Fehleranfälligkeit der Stimmabgabe durch die Einführung elektronischer Wahlen.⁷⁴ Unter anderem ist es möglich, eine unabsichtliche Abgabe ungültiger Stimmen durch entsprechende Programmierung zu verhindern.⁷⁵ Schließlich kann die Einführung von elektronischen Wahlen zumindest kurzfristig Anreize setzen, um durch die Innovation technikinteressierte Nicht-Wähler zu aktivieren. Außerdem kann eine positive Öffentlichkeitswirkung für Regierung und Verwaltung ausgelöst werden.⁷⁶

Kritiker führen als Argument gegen die Einführung elektronischer Wahlen insbesondere verschiedene Aspekte der Sicherheit an. Während die Gefahr, die eigene Stimme versehentlich ungültig zu machen, durch den Einsatz von Computertechnologie gesenkt werden kann, sind die Bereiche der Anonymität der Stimmabgabe und des Schutzes vor Beeinflussung des Wählers durch Dritte je nach Ausgestaltung der elektronischen Wahl nicht immer zu gewährleisten.⁷⁷ Auch der Bereich der technischen Sicherheit, d.h. der Schutz vor Verlust, Manipulation oder Zurückverfolgung der Daten nach der Stimmabgabe wird als Gefahrenquelle von Internet-Voting identifiziert.⁷⁸ Die technische Manipulationsanfälligkeit ist bei den verschiedenen Formen der elektronischen Wahl umso größer, je zentralisierter Verantwortung und EDV-technische Gegebenheiten strukturiert sind. Die Dezentralität der traditionellen Wahlen, ei-

⁷⁴ Vgl. *Neymanns* (2002), S. 29f.

⁷⁵ Vgl. *Rüß* (2002), S. 42.

⁷⁶ Vgl. *Buchstein* (2004), S. 314; *Neymanns* (2002), S. 30. Nach Aussage von *Wilm* (2004, S. 29) lässt die zunehmende Verbreitung von *electronic banking* Zweifel an der technischen Umsetzbarkeit und an dem Vorhandensein ausreichend sicherer Systeme schwinden. Diese Auffassung ist gemäß *Kley/Feller* (2003, S. 103) allerdings kritisch zu betrachten, da sich die Nutzungsmöglichkeiten des Internets für wirtschaftliche Zwecke nicht auf die gesellschaftspolitische Nutzung übertragen lassen. Während im ersten Fall gerade die Nachvollziehbarkeit und „Rückverfolgbarkeit von Handlungen“ ein Garant für den Erfolg des Systems sind, sind sie im Fall von elektronischen Wahlen ein massives Hindernis für die Sicherstellung des Stimmgeheimnisses.

⁷⁷ Unter Umständen kann nicht sicher gestellt werden, dass die Stimmabgabe geheim erfolgt, da beim Voting @home keine nicht einsehbaren Wahlkabinen zur Verfügung stehen. Zudem besteht die Gefahr, dass Zwang ausgeübt werden kann, da keine Kontrolle im öffentlichen Raum stattfindet.

⁷⁸ Vgl. *Buchstein* (2002), S. 53; *UOS* (2002), S. 14. Die Anonymität im Sinne der Verhinderung einer Zuordnung der abgegebenen Stimme zu einem bestimmten Wähler kann einerseits durch die technischen Gegebenheiten gesichert werden, andererseits sind es aber auch gerade die technischen Fortschritte, die einen vorsätzlichen Bruch der Anonymität möglich machen.

nerseits ein großer Kostenfaktor, ist andererseits wirkungsvoller Schutz gegen großflächig angelegte Fälschungsversuche.⁷⁹

Ein weiteres Problem, das mit einer möglichen Einführung elektronischer Wahlen verbunden ist, liegt in der unterschiedlichen Nutzung des Internets durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Auch wenn Internet-Voting lediglich als *zusätzliche* Möglichkeit der Stimmabgabe angeboten wird, kann die ungleiche Internetnutzung zumindest mittelfristig⁸⁰ zu Ungerechtigkeiten führen: So wäre eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Wähler vorstellbar, in der die Stimmabgabe per Internet von zu Hause aus zur Regel, die Stimmabgabe in der Öffentlichkeit aber zur stigmatisierenden Erfahrung der von der Internetnutzung Ausgeschlossenen wird.⁸¹ Außerdem könnten äußere Umstände, wie z.B. schlechtes Wetter am Wahltag, zu einer Unterrepräsentiertheit jener von der Internetnutzung exkludierten Gruppen führen.⁸² Andererseits haben Befragungen beispielsweise im Rahmen der Genfer Pilotprojekte ergeben, dass sogar eine Mehrheit derjenigen, die nicht über einen Zugang zum Internet verfügen, der Einführung von elektronischen Wahlen als zusätzliche Option für die Stimmabgabe positiv gegenübersteht.⁸³

⁷⁹ Vgl. *Kley/Feller* (2003), S. 101. *Riß* (2002, S. 47ff.) schlägt aus diesem Grund vor, die Systemarchitektur derart zu gestalten, dass Wählerverzeichnis und Urne sowohl physikalisch als auch administrativ getrennt sind. Auf diese Weise soll eine mögliche Rückverfolgung der Stimmabgabe zum jeweiligen Wähler verhindert werden.

⁸⁰ Langfristig wird davon ausgegangen, dass sich der *digital divide* schließen wird. Vgl. Kapitel 3.2.

⁸¹ Vgl. *Hoecker* (2002), S. 42. Sie befürchtet eine sinkende Wahlbeteiligung dieser Bevölkerungsgruppen aufgrund der Stigmatisierung der Präsenzwahl.

⁸² Vgl. *Hanßmann* (2004), S. 120.

⁸³ Vgl. *Trechsel/Mendez/Kies* (2003), S. 187.

3.4.2 Formen von E-voting

Neben dem Merkmal, ob eine Internetwahl lediglich eine zusätzliche Option zu den bisherigen Formen der Stimmabgabe darstellt oder aber ob sie alleiniges Mittel der Stimmabgabe ist, wird der Ort, an dem gewählt wird, als weiteres Kriterium zur Klassifizierung verschiedener Arten von Internetwahlen herangezogen. In der Literatur werden anhand des räumlichen Merkmals hauptsächlich folgende Formen der Online-Wahl unterschieden:⁸⁴ *@community*, *@kiosk* und *@home*.⁸⁵ Die verschiedenen Gestaltungsarten differieren dabei deutlich in ihren jeweiligen Konsequenzen für die Ausgestaltung des politischen Systems. Im Folgenden sollen sie nun kurz vorgestellt werden.

Die erste Stufe der elektronischen Wahlen, „@community“ ähnelt dem bisherigen Wahlablauf: Der Wähler geht nach wie vor in das Wahllokal und gibt dort seine Stimme ab. Insgesamt lassen sich bei @community drei Varianten definieren, die sich einerseits im Umfang des Computereinsatzes und andererseits nach den Aufgaben der Wahlvorstände unterscheiden:

Variante 1: Die Identifikation der Wahlberechtigten erfolgt durch den Wahlvorstand anhand der Wahlbenachrichtigung und des in Papierform vorliegenden Wählerverzeichnisses. Der Wahlvorstand gibt anschließend den Wahlcomputer frei. Die abgegebene Stimme wird über ein Computernetzwerk an eine Wahlzentrale geleitet. Bei dieser Variante ist die Stimmabgabe wie bisher nur im jeweils zuständigen Wahllokal möglich.

Variante 2: Die Identifikation erfolgt wieder durch den Wahlvorstand, von diesem werden die Personendaten in das vernetzte Wählerverzeichnis eingegeben. Das elektronische Wählerverzeichnis gleicht die Datensätze ab und gibt den Wahlcomputer zur Stimmabgabe frei. Da-

⁸⁴ Vgl. z.B. *Mercurio* (2004) und *Neymanns* (2002).

⁸⁵ Diese Stufen entsprechen den Formen *Poll site Internet voting*, *kiosk voting* und *Remote Internet voting* des National Workshop on Internet Voting, vgl. *Internet Policy Institute* (2001), S. 1-2 und 6-7. *Neymanns* (2002, S. 26) definiert noch eine vierte Stufe, die er „*on the run*“ nennt und die durch die Stimmabgabe mittels Mobiltelefonen gekennzeichnet ist. Diese Form der Stimmabgabe geht allerdings über das hier behandelte Thema hinaus und soll an dieser Stelle deshalb nicht näher untersucht werden.

durch entfällt die Bindung an ein bestimmtes Wahllokal und die Stimmabgabe wird in allen Wahllokalen des Wahlgebietes möglich.

Variante 3: Bei dieser Variante identifiziert sich der Wähler selbst am Wahlcomputer.⁸⁶ In das Netzwerk eingebunden sind somit die Identifikationsgeräte, Wählerverzeichnisse und die Computer zur Stimmabgabe. Dem Wahlvorstand fällt nur noch die Aufgabe der Überwachung einer störungsfreien Wahl zu.

Die elektronische Wahl @kiosk stellt eine Weiterentwicklung der dritten Variante der @community-Lösung dar: Wahlterminals werden als so genannte Kioske⁸⁷ an einer größeren Anzahl öffentlich zugänglicher Plätze aufgestellt. Am Wahltag können die Wähler diese Terminals aufsuchen, sich mittels einer Chipkarte oder einer Kombination von PIN und TAN identifizieren und dann ihre Stimme abgeben. Durch diese Lösung soll eine umfangreichere räumliche Zugänglichkeit als bei einer ausschließlichen Wahlmöglichkeit im Wahllokal gewährleistet werden. Der Wahlvorgang verliert durch diese Erweiterung jedoch auch einen Teil seines im Rahmen der Wahllokale gewährleisteten Schutzes und gewinnt ein höheres Ausmaß an Alltäglichkeit. Kritiker glauben, dass damit die Stimmabgabe ein Stück ihrer symbolischen Bedeutung verliert.⁸⁸

Mit der Wahl vom heimischen PC aus verlässt die Online-Wahl erstmals die Öffentlichkeit und wird zu einer rein privaten Angelegenheit. „Die Wahl stellt damit keine Form der öffentlichen Teilnahme und Gestaltung, sondern eine private Entscheidung dar, die im Wohn- oder Arbeitszimmer vollzogen werden kann.“⁸⁹ Damit verbunden ist ähnlich wie bei der Briefwahl⁹⁰ die Übertragung der Sicherstellung von Wahlgeheimnis und unbeeinflusster Stimmab-

⁸⁶ Dies kann z.B. in Form einer für die Wahl ausgestellten verschlüsselten Karte geschehen, vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (2000), S. 37.

⁸⁷ Als Kiosklösungen (oder Kiosksysteme) werden in der Informationstechnologie für sich stehende Elemente bezeichnet, die sich aus Eingabegerät und Verarbeitungseinheit zusammensetzen.

⁸⁸ Vgl. *Neymanns* (2002), S. 24-26.

⁸⁹ *Neymanns* (2002), S. 27.

⁹⁰ Vgl. *Buchstein* (2002), S. 60.

gabe vom Staat auf den einzelnen Wähler. Die Einführung einer Wahl @home erfordert damit einen Paradigmenwechsel im deutschen Wahlrecht von obligatorischer zu fakultativer Geheimwahl.⁹¹ Auch bei der Ausgestaltung des @home-Verfahrens sind verschiedene Variationen möglich:

Variante 1: Die Identifikation der Wähler erfordert den Einsatz bestimmter Hardware, z.B. Kartenlesegeräte (hardwarebasiert).

Variante 2: Hier wird die Identifikationsaufgabe von einer Softwarelösung übernommen. Ein zu installierendes Computerprogramm überprüft die Angaben des Wählers (softwarebasiert).

Variante 3: Der Wähler muss sich ähnlich dem Homebanking mittels einer Kombination aus PIN und TAN auf der Wahlseite identifizieren. Bei dieser Variante ist die Wahl von einem beliebigen internetfähigen PC aus möglich (internetbasiert).

⁹¹ Zur fakultativen und obligatorischen Geheimwahl vgl. *Buchstein* (2002), S. 59ff; *Kubicek/Wind* (2002), S. 100. Auch bei der Briefwahl sieht die Rechtsprechung in Deutschland die obligatorische Geheimwahl nicht gewährleistet, weshalb die Stimmabgabe per Brief nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig ist. In der Praxis verliert die Briefwahl allerdings ihren Ausnahmecharakter: seit ihrer Einführung im Jahre 1957 stieg der Anteil der Briefwähler bei Bundestagswahlen von 5,7% (1957) auf 18,7% (2005). Zu den Zahlen vgl. *Hahlen* (2006), S. 5; *Statistisches Bundesamt* (2006), Schaubild 3.

3.4.3 Empirische Beispiele für Internetwahlen

Während in den USA bereits seit vielen Jahren Wahlcomputer zur Erfassung von Wählerstimmen sowohl bei den Präsidentschaftswahlen als auch bei regionalen Bürgerentscheiden eingesetzt werden, sammelt man in Europa erst seit relativ kurzer Zeit praktische Erfahrungen mit dem Einsatz elektronischer Wahlsysteme. Im Folgenden werden nun einige ausgewählte Beispiele dieser elektronischen Wahlen im europäischen Raum dargestellt. Die Wahlen werden dabei entsprechend der *Neymanns'schen* Schemas in die Kategorien @community, @kiosk und @home eingeteilt. In der Realität finden sich neben den reinen @community-, @kiosk- und @home- Lösungen jedoch auch Kombinationen der Ansätze. Eine reine @kiosk-Variante ist allerdings bisher nicht zu beobachten gewesen. Alle hier angeführten Beispiele für rechtskräftige Entscheidungen sahen die Internetwahl dabei stets als zusätzliche Option der Stimmabgabe neben den traditionellen Formen der Präsenz- und Briefwahl.

3.4.3.1 Der Einsatz elektronischer Wahlsysteme bei der Bundestagswahl 2005 in Deutschland

In Deutschland werden in einigen Wahlbezirken Pilotprojekte einer elektronischen Stimmabgabe als Alternative zur herkömmlichen Urnenwahl durchgeführt. So wurden bei der Bundestagswahl in Deutschland 2005 in insgesamt etwa 2.100 Wahllokalen softwaregesteuerte Wahlgeräte der niederländischen Firma Nedap eingesetzt. Damit waren von dem Einsatz der Wahlgeräte etwa 2,5 Mio. wahlberechtigte Bürger betroffen.⁹²

Bei dieser Internetwahl handelte es sich um eine Vorstufe der @community-Lösung, da die eingesetzten Wahlcomputer nicht vernetzt waren. Die Wahl mit diesen Wahlgeräten gestaltete sich folgendermaßen: Nach der Identifikation des Wählers durch Vorlage von Ausweis und Wahlbenachrichtigung schaltete der Wahlvorstand das Wahlgerät zur Stimmabgabe frei. In der Wahlkabine befand sich der so genannte „Gerätestimmzettel“, ein größtenteils dem üblichem Stimmzettel nachempfundenes Eingabegerät. Mittels Fingerdruck konnten über dieses Interface die Erst- und Zweitstimme abgegeben werden. Zusätzlich existierte eine Korrekturtaste, sowie eine Taste, mit der die Stimme ungültig gemacht werden konnte. Durch Drücken der Taste „Stimmabgabe“ wurde die Stimme gewertet und das Gerät bis zur nächsten Freigabe gesperrt. Die abgegebenen Stimmen wurden allerdings nicht direkt an einen zentralen Wahlserver übermittelt, sondern erst nach Schließung der Wahllokale wurden die Daten auf den Stimmenspeichern der Geräte in das zuständige Wahlamt gebracht und dort ausgelesen.⁹³

Die Verwendung dieser Wahlgeräte war jedoch nicht unumstritten. Mit der Begründung, dass ihr Einsatz nicht vereinbar mit dem Öffentlichkeitsprinzip der Wahlhandlung und der Stimmauszählung sei, wurde von *Ulrich Wiesner* Einspruch gegen das Ergebnis der Bundestagswahlen eingelegt.⁹⁴ Dabei kritisierte er besonders die automatische Feststellung des Wahlergebnisses durch die Wahlgeräte: Die abgegebenen Stimmen wurden in dem Gerät auf elektroni-

⁹² Vgl. *Sietmann* (2005b), S. 54.

⁹³ Vgl. *Sietmann* (2005b).

⁹⁴ Vgl. *Heise.de* (2005).

schen Speichermedien festgehalten und nach dem Ende der Wahl automatisch saldiert.⁹⁵ Eine Kontrolle des Ergebnisses war damit nicht möglich, da die Geräte keine anonymisierten Aufzeichnungen der einzelnen Stimmen vornahmen.

⁹⁵ Vgl. *Sietmann* (2006).

3.4.3.2 Die Wahl des Studierendenparlamentes an der Universität Osnabrück 2000

Vorreiter der Umsetzung elektronischer Wahlen waren die Wahlen von Gremien der studentischen Selbstverwaltung an Universitäten. So führte die Universität Osnabrück im Februar 2000 mit der Online-Wahl ihres Studierendenparlamentes und der Fachschaftsräte die erste rechtsverbindliche Wahl eines parlamentarischen Organs in Deutschland über das Internet durch.⁹⁶ Den Studierenden war es möglich, ihre Stimme entweder per Stimmzettel, per Briefwahl oder elektronisch abzugeben.⁹⁷ Dabei war für die elektronische Stimmabgabe eine vorherige Registrierung notwendig. Die elektronische Stimmabgabe konnte auf zweierlei Wegen erfolgen: entweder durch eine hardwarebasierte @home-Wahl, bei der die Identifikation des Wählers mittels eines Kartenlesegerätes und zugehöriger Software erfolgte, oder aber @community (Variante 3) an vollständig vernetzten Wahlterminals in zwei „öffentlichen Wahlräumen“ der Universität.⁹⁸

Bei dieser elektronischen Wahl traten jedoch erhebliche Anlaufschwierigkeiten auf: Die Installation und Benutzung der zur Verfügung gestellten Hardware gestaltete sich schwierig, da die Kartenlesegeräte teilweise nicht mit den Computersystemen kompatibel waren. Einige der codierten Chipkarten waren nicht lesbar und die Netzwerkverbindung erwies sich partiell als instabil. Mit dem Problem der Nichterreichbarkeit des Universitätsnetzes war zugleich auch eine Sicherheitslücke verbunden: war der Versuch der Stimmabgabe nicht erfolgreich, so wurden auf den Rechnern der Wähler temporäre Dateien erzeugt, aus denen die intendierte Stimmabgabe zu erkennen war. Diese temporären Dateien hätten durch Hacker ohne größere Probleme ausgelesen werden können.⁹⁹

⁹⁶ Diese Wahlen wurde in Kooperation mit dem Forschungsprojekt „Wahlen im Internet“ der Universität Osnabrück unter Leitung von *Dietmar Otten* ausgerichtet. Eine ausführliche Darstellung findet sich u.a. bei: *Forschungsgruppe Internetwahlen* (2000), S. 11 und 32; *Lange* (2002a), S. 129; *Hanßmann* (2004), S. 54, *Kersting* (2004), S. 20.

⁹⁷ Vgl. *Kersting* (2004), S. 20.

⁹⁸ Vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (2000), S. 33ff.; *Lange* (2002a), S. 132.

⁹⁹ Vgl. *Lange* (2002a), S. 132.

Die allgemeine Wahlbeteiligung betrug 1.600 abgegebene Stimmen bzw. circa 16% der Wahlberechtigten. Ein Grund für diese insgesamt sehr niedrige Wahlbeteiligung ist das traditionell geringe Interesse an Wahlen zu Organen der studentischen Selbstverwaltung. Von den 1.600 Stimmen wurden 156 Online abgegeben.¹⁰⁰ Grund für diese im Verhältnis zu den beantragten Chipkarten (insgesamt 406) schlechte Beteiligung an der Online-Stimmabgabe waren unter anderem auch die logistischen Pannen im Vorfeld der Wahl. So erhielt „ein Großteil der bereits für die Internetwahl registrierten Wähler die entsprechenden Chipkarten nicht rechtzeitig zum Wahltermin“.¹⁰¹ Das schlechte Abschneiden der Online-Wahl kann auch darauf zurückgeführt werden, dass die herkömmliche Stimmabgabe oft *ad hoc* erfolgt, da die Wahllokale an zentralen Orten wie Mensen oder großen Hörsälen eingerichtet werden. Die Stimmabgabe erfolgt dann teilweise aus einem spontanen Impuls, ohne dass die Wähler ein besonderes Interesse an den Wahlen selber hätten bzw. über nähere Informationen zu den Wahlalternativen verfügen würden. Daher ist bemerkenswert, dass trotz des hohen Aufwandes und der technischen Schwierigkeiten 68% der Online-Wähler der @home-Variante den Vorzug gegenüber der Stimmabgabe @community in den öffentlichen Internetwahlräumen gaben.¹⁰²

¹⁰⁰ Vgl. Lange (2002a), S. 132; Kersting (2004), S. 20. Nach den Angaben der *Forschungsgruppe Internetwahlen* fanden insgesamt 313 Wahlhandlungen statt, davon 166 für die Wahl zum Studierendenparlament und 147 für die Wahl zu den Fachschaftsräten, vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (2000), S. 35.

¹⁰¹ Lange (2002a), S. 132.

¹⁰² Vgl. Lange (2002a), S. 132f. Andererseits allerdings hatten die Ausrichter der Wahl mit einer wesentlich geringeren Nutzung der Internetwahlräume in der Universität gerechnet, vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (2000), S. 34.

3.4.3.3 Das Wahlspiel zur Sozialwahl 1999

Bei den alle sechs Jahre stattfindenden Sozialwahlen werden die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger gewählt. Im Jahr 1999 führte die *Forschungsgruppe Internetwahlen* bei der Sozialwahl der *Techniker Krankenkasse (TK)* ein so genanntes Internetwahlspiel durch, bei dem die Mitglieder zusätzlich zu der rechtsgültig stattfindenden Briefwahl ihre Stimme per Internet abgeben konnten. Bei diesem Wahlspiel handelte es sich um die Umsetzung der @home-Variante, d.h. die Wähler konnten ihre Stimme vom heimischen PC oder von ihren Büro-PCs aus abgeben.¹⁰³ Das Wahlspiel war jedoch nicht rechtskräftig, für die Ergebnisse der Sozialwahl wurden nur die regulären, per Briefwahl abgegebenen Stimmen gezählt.¹⁰⁴ Durch die Kopplung des Wahlspiels an ein Preisausschreiben sollten sowohl Anreize für die Teilnahme geschaffen, als auch die Durchführung des Wahlspiels als solches rechtlich abgesichert werden.¹⁰⁵

Die Wahlbeteiligung bei der rechtskräftigen Briefwahl betrug 41%¹⁰⁶, insgesamt wurden etwa 1,28 Mio. Stimmen abgegeben. Von den 3,15 Millionen Wahlberechtigten meldeten sich 1.400 als Online-Wähler an, von denen wiederum 1.009 tatsächlich an dem Wahlspiel teilnahmen, so dass sich eine „virtuelle“ Wahlbeteiligung von 72,07% ergab. Der Anteil derjenigen, die sich an dem Wahlspiel beteiligt haben, beträgt im Verhältnis zu der gesamten Wahlbeteiligung jedoch lediglich 0,8 ‰. Im Rahmen der Auswertung der simulierten Sozialwahl wurden auch Daten zur sozialen Struktur der Teilnehmer des Wahlspiels erhoben. In der Studie wird die im Vergleich zur tatsächlichen Sozialwahl unterproportionale Beteiligung der Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern auf die „Unterausstattung der ostdeutschen Haushalte mit modernen Kommunikationsmedien“ zurückgeführt.¹⁰⁷

¹⁰³ Vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (1999), S. 27f.

¹⁰⁴ Vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (1999), S. 6.

¹⁰⁵ Vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (1999), S. 31.

¹⁰⁶ Vgl. *TK* (2005).

¹⁰⁷ Vgl. *Forschungsgruppe Internetwahlen* (1999), S. 25-32; *Lange* (2002a), S. 130.

3.4.3.4 Vorstandswahlen der Initiative D21

Vom 24. Oktober bis zum 07. November 2005 veranstaltete die *Initiative D21* (ein Verein, der die Nutzung von Informationstechnologien fördert, um die deutsche Wirtschaft zu stärken) bereits zum zweiten Mal Vorstandswahlen, bei denen eine elektronische Stimmabgabe möglich war.¹⁰⁸ Dabei wurde neben einem „Nahwahl-Verfahren“ (@community Variante 3) ein so genanntes „Fernwahl-Verfahren“ verwendet, das der @community-Wahl zeitlich vorgeschaltet war. Die Identifikation bei beiden Wahlvorgängen basierte auf der Verwendung von PIN und TAN. Bei einer Zahl von etwa 200 Mitgliedsunternehmen lag die Wahlbeteiligung an der Vorstandswahl 2005 bei 55,3%.¹⁰⁹

Das Fernwahl-Verfahren war als hardwarebasierte @home-Variante konzipiert und basierte auf dem System Polyas der Firma Micromata. Mit Hilfe eines Kartenlesegerätes nebst Software und digitaler Signaturkarte konnten die Stimmberechtigten von jedem internetfähigen PC aus an der Vorstandswahl teilnehmen. Das Nahwahl-Verfahren stand am Wahltag schließlich nur noch den Wählern offen, die nicht an dem Fernwahl-Verfahren teilgenommen hatten. Mittels der von der *Initiative D21* bereit gestellten Identifizierung mit Hilfe der Signaturkarte war dann die Stimmabgabe an aufgestellten Computerterminals möglich.¹¹⁰

¹⁰⁸ Im Dezember 2003 hatte die Initiative D21 diese Möglichkeit zum ersten Mal angeboten und war damit der erste eingetragene Verein in Deutschland, der eine rechtskräftige Vorstandswahl Online durchführte; vgl. *Initiative D21* (2004).

¹⁰⁹ Vgl. *Initiative D21* (2005).

¹¹⁰ Vgl. *Initiative D21* (o.J.), S. 2ff.; o.V. (2005).

3.4.3.5 Die Kommunalwahlen in Estland 2005

Im Oktober 2005 wurden in Estland die weltweit ersten Kommunalwahlen veranstaltet, bei denen die Stimmabgabe landesweit Online möglich war. Bereits 2003 waren Online-Wahlen geplant, wurden dann aber aufgrund Veränderungen der Machtverhältnisse im Parlament auf 2005 verschoben. Trotz dieser Verzögerung ist Estland Pionier auf dem Gebiet der staatlichen E-Democracy und verfügte als erster Staat über einen umfassenden Gesetzesapparat zu elektronischen Wahlen.¹¹¹

Die elektronischen Wahlen waren als Kombination von @kiosk und einer hardware-basierten @home-Variante konzipiert, bei der die Bürger ihre Stimmen sowohl von zu Hause aus, als auch von Terminals in Banken, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Internet-Zugangspunkten abgeben konnten.¹¹² Dazu mussten sich die estnischen Wähler mittels des seit 2001 existierenden, mit einem Chip versehenen und computerlesbaren Personalausweises identifizieren, indem sie diesen in ein Lesegerät eingaben.¹¹³ Zusätzlich erfolgte die Eingabe einer PIN und einer digitalen Unterschrift.¹¹⁴ Die elektronischen Stimmen konnten zeitlich vorgelagert vom sechsten bis zum vierten Tag vor dem Wahltag abgegeben werden.¹¹⁵ Dabei war es den Wählern innerhalb dieses Zeitraumes möglich, ihre Meinung noch zu ändern: nur die jeweils zuletzt abgegebene Stimme wurde als gültig gezählt. Auch eine Stimmabgabe durch Urnengang am Wahltag selber führte zu einer Nichtzählung der bereits abgegebenen Online-Stimme. Diese Besonderheiten bei der Online-Stimmabgabe führten zu der Anrufung des Obersten Gerichtshofes durch den estnischen Staatspräsidenten *Arnold Rüütel*, der befürchtete, dass die Möglichkeit der Änderung der Wahlentscheidung einen Verstoß gegen das in der estnischen Verfassung verankerte Prinzip der einheitlichen Wahl darstellen würde. Dieser Einwand wurde mit der Begründung verworfen, dass das Prinzip der Einheitlichkeit durch die

¹¹¹ Vgl. *Lange* (2002b).

¹¹² Vgl. *Breuer/Trechsel* (2006), S. 7; *Sietmann* (2005a).

¹¹³ Vgl. *Winter* (2005).

¹¹⁴ Vgl. *Deutschlandradio* (2005).

¹¹⁵ Vgl. *Konrad-Adenauer-Stiftung* (2005), S. 2.

einmalige Auszählung jeder abgegebenen Stimme gewahrt bliebe.¹¹⁶ Einem anderen Einwand gegen die Legitimität von elektronischen Wahlen, dem Vorwurf des Fehlens einer öffentlichen Stimmauszählung, ist in Estland dadurch begegnet worden, dass die Auszählung der Stimmen in einen Sitzungssaal projiziert wurde. Dort war allerdings, anders als bei der händischen Auszählung, für die Wahlbeobachter außer über die Leinwand laufende Kolonnen von kryptischen Zeichenfolgen und schließlich dem Wahlergebnis, wenig zu beobachten.¹¹⁷

Die Erwartung, durch die Option der Online-Abstimmung eine insgesamt höhere Wahlbeteiligung zu erreichen, wurde jedoch enttäuscht. Bei einer Wahlbevölkerung von ca. 1,068 Mio. Menschen betrug die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 2005 in Estland lediglich 47% (502.000 Wähler)¹¹⁸ und lag damit sogar noch unter der Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in den Jahren 1999 (48,4%) und 2002 (52,4%). Für eine Online-Stimmabgabe entschieden sich insgesamt 9.317 Wähler,¹¹⁹ somit wurden ca. 2% der Stimmen elektronisch abgegeben. Während diese Nutzungshäufigkeit der Online-Wahl von einigen Seiten als sehr gering beurteilt wird,¹²⁰ wird sie von anderer Seite als überraschend hoch eingeschätzt.¹²¹

¹¹⁶ Vgl. *DEF* (2005).

¹¹⁷ Vgl. *Deutschlandradio* (2005).

¹¹⁸ Vgl. *Sietmann* (2005a).

¹¹⁹ Vgl. *Konrad-Adenauer-Stiftung* (2005), S. 3.

¹²⁰ Vgl. *Deutschlandradio* (2005) und *Spiegel Online* (2005).

¹²¹ Vgl. *Konrad-Adenauer-Stiftung* (2005), S. 3. Bei der Parlamentswahl am 04.03.2007 nahmen etwa 30.000 der 940.000 Wahlberechtigten die Möglichkeit der Online-Stimmabgabe wahr. Bei einer Wahlbeteiligung von 61% wurden also etwa 5% der Stimmen per Internet abgegeben. Vgl. *NZZ Online* (2007) und *Rottscheidt* (2007).

3.4.3.6 Gemeindewahlen in der Schweiz

In der Schweiz wird im Rahmen der „elektronischen Bundesverwaltung“¹²² das Modell des so genannten *Vote électronique* verfolgt. Damit ist zum einen die Option einer elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen gemeint, zum anderen aber auch die Möglichkeit, Referenden und Initiativen Online zu unterzeichnen, sowie elektronische Informationen über Wahlen und Abstimmungen bereitzustellen.¹²³

Ab Herbst 2001 wurden in den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich erste Pilotprojekte zur elektronischen Wahl durchgeführt.¹²⁴ Dabei sollten jeweils unterschiedliche Bereiche der Ausübung demokratischer Rechte erprobt werden. Während im Kanton Genf das Hauptaugenmerk auf den Erfahrungen mit der Identifikation von Wählern, der Einhaltung des Stimmgeheimnisses und der Sicherheit der Stimmabgabe lag, wurden bei den Versuchen im Kanton Neuenburg einerseits die elektronische Stimmabgabe auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene und andererseits die elektronische Unterzeichnung von Initiativen und Referenden auf kommunaler und kantonaler Ebene getestet. Im Kanton Zürich wurde aufgrund der dortigen dezentralisierten Organisation der Stimmregister auf kommunaler Ebene vor allem der Realisierbarkeit eines virtuellen kantonalen Stimmregisters Beachtung geschenkt.¹²⁵ Allen Pilotprojekten gemeinsam war, dass die Identifikation für die @home-Stimmabgabe über entsprechende Eingaben auf den Internet-Wahlseiten erfolgte, besondere Hard- oder Softwarekomponenten waren nicht erforderlich.¹²⁶

¹²² Vgl. *Swissinfo* (2003).

¹²³ Vgl. *Schweizerischer Bundesrat* (2002), S. 646.

¹²⁴ Vgl. *Schweizerischer Bundesrat* (2002), S. 680, *Sorg-Keller* (2003), S. 49; *Kersting* (2004), S. 21.

¹²⁵ Vgl. *Probst* (2003), S. 201f.

¹²⁶ Vgl. *Schweizerischer Bundesrat* (2006), S. 5506. Es handelte sich also in allen Fällen um eine Umsetzung der dritten @home-Variante. Im Kanton Neuenburg wurde am 27.11.2005 eine kantonale Abstimmung per elektronischer Wahl durchgeführt. Hauptaugenmerk bei der Durchführung des Pilotprojektes im Rahmen des *Vote électronique* lag auf der Umsetzung eines zweistufigen Identifikationssystems mit Pin und TAN, ähnlich dem Verfahren, wie es von vielen Banken zum electronic Banking eingesetzt wird. Auch in Zürich fand am 27.11.2005 eine kantonale Abstimmung statt, vgl. *c't* (2005). In den Züricher Modellversuchen wurde v. a. auf die elektronische Zugänglichkeit der von den Gemeinden geführten Stimmregister abgezielt, vgl. *Muralt Müller* (2003), S. 23.

Die umfangreichsten Projekte im Rahmen der Implementierung elektronischer Wahlen fanden im Kanton Genf statt. Im Januar 2003 erfolgte in der Gemeinde Anières die erste rechtskräftige Abstimmung per Internet auf Gemeindeebene. Gegenstand der Abstimmung waren Kredite für die Renovierung eines Gebäudes und eines Restaurants. Die Wahlbeteiligung lag mit 63,8 % im Vergleich zu der bisherigen Beteiligung bei kommunalen Abstimmungen von rund 50 % recht hoch. Von den insgesamt 741 abgegebenen Stimmen wurden 323 per Internet abgegeben, 370 per Brief und 48 durch Urnengang. Dies entspricht einer Quote der Stimmabgabe per Internet von 44%.¹²⁷

Während dieses erste Projekt auf Gemeindeebene stattfand, versuchte man sich nach den positiven Erfahrungen auch an größeren Aufgaben: bei der eidgenössischen Abstimmung¹²⁸ im September 2004 wurden wiederum elektronische Wahlsysteme eingesetzt. Bei dieser Abstimmung wurde über die Erhaltung der Poststellen, die Einführung einer Mutterschaftsversicherung und über die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten und dritten Generation entschieden. Die Zahl der Online-Wahlberechtigten wurde auf 22.000 (dies entspricht etwa 2 % der im Kanton insgesamt stimmberechtigten Bürger) begrenzt, damit im Falle eines Versagens des elektronischen Systems das Ergebnis der Gesamtwahl nicht hätte beeinflusst werden können. Aus diesem Grund wurden auch die Wahlbezirke für die Erprobung der elektronischen Wahl so ausgesucht, dass nach Erfahrungswerten von einem neutralen Ausgangs bezüglich der Abstimmungsergebnisse zu rechnen war.¹²⁹ Von den 22.000 Genfer Stimmberechtigten in den Gemeinden Anières, Cologny, Carouge und Meyrin,¹³⁰ die ihre Stimme statt per Brief oder an der Urne per Internet abgeben konnten, nahmen 2.723 diese Möglichkeit wahr.¹³¹

¹²⁷ Vgl. *o.V.* (2003).

¹²⁸ Eine eidgenössische Abstimmung ist eine schweizerische Volksabstimmung auf der Bundesebene, der obersten politischen Ebene.

¹²⁹ Vgl. *Tages-Anzeiger* (2004).

¹³⁰ Vgl. *Schweizerischer Bundesrat* (2006), S. 5477; *Kommune21* (2004).

¹³¹ Vgl. *Altwegg* (2004). Die Möglichkeit der Online-Wahl war räumlich auf das Gebiet des Kantons Genf beschränkt, d. h. eine Stimmabgabe war nur von Computern auf Kantonsgebiet zulässig, vgl. *Tages-Anzeiger* (2004). Dass diese Wahl gleichzeitig auch dazu dienen sollte, zu zeigen, ob eine Herausfilterung der von au-

Die Erfahrungen der schweizer Pilotprojekte zeigen, dass sich aufgrund der hohen Anfangsinvestitionen in die elektronischen Wahlsysteme größere Einsparungseffekte erst sehr langfristig über einen Zeitraum von etwa zwanzig bis dreißig Jahren ergeben würden.¹³² Mit der erfolgreichen Implementation von @home-Wahlen ist die Versuchsreihe aber noch nicht beendet: Im Oktober und November 2005 wurde erstmals die Stimmabgabe über Mobiltelefone mittels SMS (so genanntes *on the run*¹³³) getestet.¹³⁴

Berhalb des Kantons abgegebenen Stimmen überhaupt möglich ist (vgl. *Tages-Anzeiger* (2004)), lässt allerdings Zweifel an der Konzeption des Versuchsaufbaus aufkommen.

¹³² Vgl. *Kersting* (2004), S. 21.

¹³³ Vgl. *Neymanns* (2002), S. 26f.

¹³⁴ Vgl. *Hansen* (2005).

4 Zusammenfassung

In den vergangenen Jahren hat das Internet die Lebensgewohnheiten seiner Nutzer massiv verändert, indem es ihnen ermöglicht, sehr viel schneller und kostengünstiger an Informationen über Produkte oder Dienstleistungen zu gelangen und sogar ihre Einkäufe direkt Online abzuwickeln. Zudem stellen E-Mail, Chat und Foren eine sehr zeitnahe und einfache Art der Kommunikation dar. Nachdem das Internet im privaten Bereich solche positiven Wirkungen entfaltet, stellt sich die Frage, ob die innovativen Funktionalitäten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht auch zu einer Verbesserung politischer Willensbildungsprozesse genutzt werden können.¹³⁵ Im Rahmen des vorliegenden Arbeitsberichtes wurde untersucht, inwieweit die Potenziale des Internets zur Vereinfachung der politischen Willensbildung bereits heute eingesetzt werden. Um die Effekte des Internets genau zuordnen zu können, wurde zunächst der Prozess der kollektiven Willensbildung in seine einzelnen Schritte zerlegt: Aus dem Zusammenspiel von Informationsbereitstellung, Rezeption und Diskussion entwickelt sich ein Markt für politische Informationen, der eine Entscheidungsgrundlage für den vierten Schritt, die Wahl oder Abstimmung, bildet.

Politisch relevante Informationen werden insbesondere von drei großen Gruppen bereitgestellt: von *Parteien und Politikern*, von *Interessengruppen und Verbänden* sowie von so genannten „*unabhängigen*“ *Akteuren* wie den Medien. Akteure aller drei Gruppen setzen das Internet zur Verbreitung von Informationen ein, jedoch divergieren die Nutzungsintensitäten teilweise erheblich. Sie reichen von einer einfachen Wiedergabe der offline erhältlichen Informationen über die Bereitstellung zusätzlicher Berichte bis hin zu dem ausschließlich im Internet verfügbaren Angebot einer Online-Zeitung.

Das Angebot politisch relevanter Informationen im Internet kann jedoch nur dann Einfluss auf die kollektive Willensbildung haben, wenn es von einer ausreichend großen Zahl von Bürgern rezipiert wird. In diesem Zusammenhang ist der so genannte *digital divide*, die auf den soziodemographischen Hintergrund zurückzuführende Kluft zwischen Internetnutzern und Nichtnutzern, empirisch zu überprüfen. Die Daten für die Bundesrepublik Deutschland

zeigen, dass von den knapp 60% der Bevölkerung, die über einen Zugang zum Internet verfügen, die meisten jüngere Männer mit hohem formalen Bildungsgrad und höherem Einkommen sind. Insbesondere ältere Menschen und Personen mit geringem formalen Bildungsgrad nutzen das Internet unterproportional häufig. Aufgrund dieser ungleichen Zugangsmöglichkeiten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu Online-Angeboten lehnen Kritiker eine vermehrte Bereitstellung politisch relevanter Informationen im Internet ab, weil sie die Chancengleichheit politischer Partizipation gefährdet sehen. Da sich die Bereitstellung von Informationen im Internet jedoch jeglicher staatlicher Kontrolle entzieht, erscheint allein der Aufbau eines für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugänglichen Netzes von qualitativ hochwertigen Internetzugängen als Option, um dem *digital divide* entgegenzuwirken.

Aus Informationsbereitstellung und Rezeption entwickelt sich im Prozess der kollektiven Willensbildung die Diskussion, die es dem Bürger erlaubt, seinen eigenen Standpunkt zu überprüfen und der Kritik anderer auszusetzen. Innerhalb der Diskussion können sich auch vollkommen neue Lösungen für gesellschaftliche Probleme entwickeln. In diesem Arbeitsbericht wurde anhand einiger Diskussionsforen der oben genannten politischen Akteursgruppen exemplarisch gezeigt, wie Diskussionen im Internet geführt werden können. Der Vorteil von Online-Diskussionen besteht im wesentlichen darin, dass sowohl zeitlich als auch räumlich weit verstreuten Teilnehmern die Partizipation ermöglicht wird. Anders als bei traditionellen Diskussionen müssen sich die Teilnehmer nicht mehr zu einer bestimmten Zeit an einem festgelegten Ort einfinden. Die Untersuchung hat jedoch auch gezeigt, dass die Internetdiskussion sowohl Regeln als auch eine Moderation benötigt, die mit den Rahmenbedingungen einer Diskussion in einem Plenum vergleichbar sind.

Eine Entscheidung wird im Rahmen kollektiver Willensbildung in der Regel mittels Wahl oder Abstimmung gefunden. Während sich die Erfahrungen mit internetbasierten Abstimmungen in Deutschland bisher auf den Einsatz von (offline) Wahlcomputern und kleinere Projekte beschränken, setzten Estland und die Schweiz ihre Internetwalsysteme bereits erfolgreich bei Kommunal- und Gemeindewahlen ein. Um die Bandbreite eines möglichen Einsatz-

¹³⁵ Vgl. z.B. Leggewie/Maar (1998); Becker (2006); Becker/Hartwig (2006).

zes des Internets bei Wahlen und Abstimmungen darzustellen, wurden hier exemplarisch eine Reihe unterschiedlicher Projekte sowie deren Erfolgsbilanz vorgestellt. Dabei war es in allen Teilen dieses Arbeitsberichtes Ziel, aufzuzeigen, welche Rolle dem Internet im Prozess der kollektiven Willensbildung bereits heute zukommt. Inwieweit die Potenziale der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien dazu führen, politische Willensbildungsprozesse tiefgreifend zu reformieren, wird sich jedoch erst in den kommenden Jahrzehnten zeigen.

5 Literatur

Ahlert, C. (2003), Weltweite Wahlen im Internet – Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Demokratie, Frankfurt a. M.

Altwegg, J. (2004), Per Mausklick in die Demokratie - Die Genfer üben das E-voting, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 226, 28.09.2004, S. 44.

Alvarez, R.M., T.E. Hall (2004), Point, Click and Vote. The Future of Internet Voting, Washington.

Asay, G. R., D.G. Saari (2004), Why negative campaigning? The chaotic dynamics of an election, URL: http://www.economics.ucr.edu/news/SWET/Garrett_Asay.pdf, letzter Zugriff am 30.12.2005.

Becker, G.S. (1983), A Theory of Competition among Pressure-Groups for Political Influence, in: Quarterly Journal of Economics, Jg. 98, Bd. 3, S. 371-400.

Becker, E. (2006), Public Choice in the Internet Economy, in: A. Prinz, A. Steenge und J. Schmidt (Hrsg.), Innovation: Technical, economic and institutional aspects, Wirtschaft: Forschung und Wissenschaft Bd. 18, Berlin, S. 105-126.

Becker, E., K.-H. Hartwig (2006), Kollektive Willensbildung in der Internetökonomie, in: L. Grob, J. vom Brocke (Hrsg.): Internetökonomie – Ein interdisziplinärer Beitrag zur Erklärung und Gestaltung hybrider Systeme, München, S. 157-179.

Bernholz, P., F. Breyer (1994), Grundlagen der Politischen Ökonomie – Band 2: Ökonomische Theorie der Politik, 3. Auflage, Tübingen.

Beyme, K. von (1969), Interessengruppen in der Demokratie, München.

Bieber, C. (2005), Der Online-Wahlkampf 2005 – Supporter-Sites, Negative Campaigning, Weblogs, URL: <http://www.bpb.de/themen/Z22XZ9.html>, letzter Zugriff am 29.12.2005.

Bieber, C. (1999), Politische Projekte im Internet – Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit, Frankfurt a. M.

Breuer, F., A. Trechsel (2006), Report for the Council of Europe – E-voting in the 2005 local elections in Estonia, URL: http://www.coe.int/t/e/integrated_projects/democracy/02_Activities/02_E-voting/00_E-voting_news/FinalReportE-votingEstoniaCoE6_3_06.asp, letzter Zugriff am: 13.10.2006.

Buchanan, J. M., G. Tullock (1962), The Calculus of Consent - Logical Foundations of Constitutional Democracy, Ann Arbor.

Buchstein, H. (2002) Online-Wahlen und das Wahlgeheimnis, in: H. Buchstein, H. Neymanns (Hrsg.), Online-Wahlen, Opladen, S. 51-70.

Buchstein, H. (2004) Das Verschwinden der armen Wahlhelfer, in: Leviathan, Jg. 32, Bd. 3, S. 309-318.

Buchstein, H., H. Neymanns (Hrsg.) (2002), Online-Wahlen, Opladen.

c't (2005) Erste elektronische Wahl per SMS in der Schweiz erfolgreich, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/65566>, letzter Zugriff am 03.07.2006.

Deutschlandradio (2005), Europa heute - Votum per Mausklick, zitiert nach: URL: http://www.destfor.de/defor_root/defor_deutsch/aktuelles_und_presse/2005_10/e_votum, letzter Zugriff am 13.12.2005.

Downs, A. (1968), Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen.

Erlei, M., M. Leschke, D. Sauerland (1999), Neue Institutionenökonomik, Stuttgart.

Forschungsgruppe Internetwahlen (1999), Zwischenbericht, URL: <http://www.wahlkreis300.net/fgiw/uploader/data/tkbericht.pdf>, letzter Zugriff am 15.12.2005.

Forschungsgruppen Internetwahlen (2000), Zweiter Zwischenbericht zum Projekt „Strategische Initiative: Wahlen im Internet“ nach Abschluss der Wahlen zum Studierendenparlament der UOS am 2. Februar 2000, URL: <http://www.wahlkreis300.net/fgiw/uploader/data/stupa.pdf>, letzter Zugriff am 26.01.2006.

Frey, B.S., G. Kirchgässner (2002), Demokratische Wirtschaftspolitik. Theorie und Anwendung, 3. Aufl., München.

Geser, H. (1996), Auf dem Weg zur “Cyberdemocracy”? – Auswirkungen der Computernetze auf die öffentliche politische Kommunikation, Zürich.

Golding, P. (1996), World Wide Wedge: Division and Contradiction in the Global Information Infrastructure, in: Monthly Review, Jg. 48, Bd. 3, S. 70-85.

Grossekettler, H. (2003), Öffentliche Finanzen, in: D. Bender et al. (Hrsg.), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, 8. Aufl., S. 561-717.

Habermas, J. (1993), Strukturwandel in der Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.

Hahlen, J. (2006), Pressegespräch „Wahl zum 16. Deutschen Bundestag – Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik“ am 2. Februar 2006 in Berlin – Statement des Bundeswahlleiters
Johann Hahlen,
URL: http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/Wahlstat_Statement.pdf, letzter Zugriff

am 14.06.2006.

Hansen, S. (2005), SMS statt Urnengang, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/64500>, letzter Zugriff am 15.12.2005.

Hanßmann, A. (2004), Möglichkeiten und Grenzen von Internetwahlen, Baden-Baden.

Heise.de (2005), E-voting – Anfechtung der Bundestagswahl wegen Wahlcomputern, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/66137>, letzter Zugriff am 08.12.2005.

Hoecker, B. (2002), Mehr Demokratie via Internet? – Die Potenziale der digitalen Technik auf dem empirischen Prüfstand, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B39-40/2002, S. 37-45.

Initiative D21 (o.J.), Die D21-Vorstandswahl 2003 – Information zur Online Wahl der Initiative D21 e.V., URL: http://www.initiated21.de/themen/egovernment_anwendungen/doc/37_1071075505.pdf, letzter Zugriff am 14.12.2005.

Initiative D21 (2004), Online-Wahlen, URL: http://www.initiated21.de/egovernment/egovernment_anwendungen/pages/show.prl?params=recent%3D1%26type%3D19%26all%3Dall%26keyword%3D%26laufzeit%3D&id=37&currPage=1, letzter Zugriff am 14.12.2005.

Initiative D21 (2005), Initiative D21 wählt neuen Vorstand: Rekordbeteiligung dank Online-Wahlen – Presseinformation, URL: <http://www.initiated21.de/news/pages/show.prl?params=keyword=rekordbeteiligung&all=1&type=10&laufzeit=0&id=12507&currPage=1>, letzter Zugriff am 11.10.2006.

Internet Policy Institute (2001), Report of the National Workshop on Internet Voting: Issues and Research Agenda, URL: <http://f11.findlaw.com/news.findlaw.com/cnn/docs/voting/nsfevoterprt.pdf>, letzter Zugriff am 17.08.2006.

Kersting, N. (2004), Online-Wahlen im internationalen Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/2004, S. 16-23.

Kersting, N., H. Baldersheim (2004), Electronic Voting and Democratic Issues: An Introduction, in: N. Kersting, H. Baldersheim (Hrsg.), *Electronic Voting and Democracy – A Comparative Analysis*, Basingstoke, Hampshire, New York, S. 3-19.

Kirchgässner, G., L.P. Feld, M.R. Savioz (1999), *Die direkte Demokratie*, Basel u.a.O.

Kley, A., R. Feller (2003), E-voting = eOak? – Elektronische Abstimmungsverfahren im Verhältnis zur Wahl- und Abstimmungsfreiheit, in: H. Muralt Müller, A. Auer, T. Koller (Hrsg.) (2003), *Tagung 2002 für Informatikrecht – E-voting*, Bern, S. 85-105.

Körper, F.R. (2001), Bundestagsdebatte: Internetwahlen 2006?, in: Deutscher Bundestag, 192. Sitzung am 11.10.2001, Berlin, S. 18823.

Kommune21 (2004), Schweiz – E-Vote-Versuch erfolgreich, URL: <http://www.kommune21.de/print.php?data=3848&print=pdf>, letzter Zugriff am 14.12.2005.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (2005), Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 16. Oktober 2005 in Estland, URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_7384_1.pdf, letzter Zugriff am 09.12.2005.

Kotte, S. (2004), Politische Transaktionskosten in der Demokratie, Frankfurt a. M. u.a.O.

Kubicek, H., M. Wind (2002), Bundestagswahl per Computer?, in: H. Buchstein, H. Neymanns (Hrsg.), Online-Wahl, S. 91-112.

Lange, N. (2002a), Click 'n' Vote – Erste Erfahrungen mit Online-Wahlen, in: H. Buchstein, H. Neymanns (Hrsg.), Online-Wahlen, Opladen, S. 127-144.

Lange, N. (2002b), Erste Internetwahlen in Estland verschoben, URL: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/drucken.asp?artikelID=406>, letzter Zugriff am 13.12.2005.

Leggewie, C., C. Maar (Hrsg.)(1998), Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Köln.

McLuhan, H.M. (1997), Understanding Media, in: E. McLuhan, F. Zingrone (Hrsg.), Essential McLuhan, London, S. 149-179.

Mueller, D.C. (1989/1997), Public Choice II – A revised edition of Public Choice, Cambridge u.a.O.

Muralt Müller, H. (2003) Vote électronique im Rahmen übergreifender Strategien des Bundesrates, in: H. Muralt Müller, A. Auer, T. Koller (Hrsg.), Tagung 2002 für Informatikrecht – E-voting, Bern, S. 13-27.

Neymanns, H. (2002), Die Wahl der Symbole - Politische und demokratietheoretische Fragen zu Online-Wahlen, in: H. Buchstein, H. Neymanns (Hrsg.), Online-Wahlen, Opladen, S. 23-37.

Neymanns, H., H. Buchstein (2002), Einleitung, in: H. Buchstein, H. Neymanns (Hrsg.), Online-Wahlen, Opladen, S. 7-22.

Niskanen, W.A. (1968), The Peculiar Economics of Bureaucracy, in: American Economic Journal, Papers and Proceedings, Jg. 58, Bd. 2, S. 293-305.

Norris, P. (2001), *Digital Divide – Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge.

NZZ (2007), Wahlsieger denkt an neue Koalitionen – Nach Parlamentswahl in Estland, URL: <http://www.nzz.ch/2007/03/04/al/newzzEYVZ4G1S-12.html>, letzter Zugriff am 14.03.2007.

Olson, M. (1965), *The Logic of Collective Action – Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge.

Otten, D. (2001), Wählen im Schlaraffenland? Erfahrungen der Forschungsgruppe Internetwahlen mit dem Internet als Wahlmedium, in: B. Holznagel, A. Grünwald, A. Hanßmann (Hrsg.), *Elektronische Demokratie – Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis*, München, S. 73-85.

o.V. (2003), Erfolgreiches E-voting, URL: http://www.swissinfo.org/ger/suche/detail/Erfolgreiches_E_Voting.html?siteSect=881&sid=1575998&cKey=1042994520000, letzter Zugriff am 12.10.2006.

o.V. (2005), Initiative D21 wählt Vorstand Online, URL: <http://www.kommune21.de/print.php?data=4977&print=pdf>, letzter Zugriff am 14.12.2005.

Petersen, S. (2005), Interview – „Demokratie heißt nicht nur Mehrheitsentscheidung...“, in: das Parlament Nr. 36 vom 05.09.2005, URL: <http://www.bundestag.de/cgibin/druck.pl?N=parlament>, letzter Zugriff am 17.10.2006.

Phelps, E.S. (1985), *Political Economy – An Introductory text*, New York, London.

Probst, T. (2003), Das Stimmregister als Grundlage der elektronischen Ausübung des Stimm- und Wahlrechts (E-voting), in: H. Muralt Müller, A. Auer, T. Koller (Hrsg.), *Tagung 2002 für Informatikrecht – E-voting*, Bern, S. 199-217.

Röttger, N. (o.J.), Mäuse per Mausclick, URL: http://www.e-politik.de/beitrag-druck94cd.html?Beitrag_ID=1179, letzter Zugriff am 01.03.2006.

Rogg, A. (2003), *Demokratie und Internet – Der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit*, Opladen.

Rottscheidt, I. (2007), Mit Cyberwahlen zur Online-Demokratie?, URL: http://www.dw-world.de/popups/popup_printcontent/0,,2371498,00.html, letzter Zugriff am 14.06.2007.

Rubens, A. (2006), *Podcasting – Das Buch zum Audiobloggen*, Köln.

Ruß, O. (2002), Rechtliche Voraussetzungen und Grenzen von Online-Wahlen, in: H. Buchstein, H. Neymanns (Hrsg.), *Online-Wahlen*, Opladen, S. 39-50.

Schweizerischer Bundesrat (2002), Bericht über den Vote électronique – Chancen, Risiken und Machbarkeit elektronischer Ausübung politischer Rechte, in: Bundesblatt Nr. 5, 6. Februar 2002, S. 645-700.

Schweizerischer Bundesrat (2006), Bericht über die Pilotprojekte zum Vote électronique, URL: http://www.admin.ch/ch/d/egov/ve/dokumente/eva_votel_finale_de.pdf, letzter Zugriff am 25.07.2006.

Siedschlag, A., A. Rogg, C. Welzel (2002), Digitale Demokratie – Willensbildung und Partizipation per Internet, Opladen.

Sietmann, R. (2005a), 22C3: Pro und Contra E-voting, URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/67830>, letzter Zugriff am 12.10.2006.

Sietmann, R. (2005b), Dreimal drücken – fertig? E-voting Großeinsatz bei der Bundestagswahl, in: c't 19/2005, S. 54, zitiert nach: URL: <http://www.heise.de/ct/05/19/054/>, letzter Zugriff am 23.06.2006.

Sietmann, R. (2006), Innenministerium: Elektronische Wahlgeräte sind „hinreichend manipulationssicher“, zitiert nach: URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/73775>, letzter Zugriff am 23.06.2006.

Simon, L.D. (2002), Preface, in: L.D. Simon, J. Corrales, D.R. Wolfensberger (Hrsg.), Democracy and the Internet. Allies or Adversaries?, Washington, S. vii-xii.

Sorg-Keller, S. (2003), Pilotprojekt E-voting im Kanton Zürich, in: H. Muralt Müller, A. Auer, T. Koller (Hrsg.), Tagung 2002 für Informatikrecht – E-voting, Bern, S. 49-55.

Spiegel Online (2005), Baltische Weltpremiere - Estland wählt erstmals Online, URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,druck-379802,00.html>, letzter Zugriff am 05.01.2005.

Statistisches Bundesamt (2006), Pressegespräch „Wahl zum 16. Deutschen Bundestag – Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik“ Berlin, 2. Februar 2006 – Schaubilder und Tabelle, URL: http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/rep_wahlstat_2005.pdf, letzter Zugriff am 14.06.2006.

Swissinfo (2003), Erfolgreiches E-voting, 19.01.2004, URL: <http://www.swissinfo.org/sde/swissinfo.html?sitesect=105&sid=1575998>, letzter Zugriff am 09.11.2004.

Tages-Anzeiger (2004), E-voting – Genf und Zürich geben Gas, der Bund bremst, zitiert nach: Staatskanzlei des Kantons Zürich, Stabsstelle e-Government, URL: http://www.e-gov.zh.ch/internet/sk/e-gov/de/aktuelles/presse/2004/1609_ta-gi1.html, letzter Zugriff am 05.10.2006.

TK (2005), TK-Sozialwahl: Jeder Dritte hat gewählt – Erste Hochrechnung, URL: http://www.tk-Online.de/centaurus/generator/tk-Online.de/s03_presse-center/01_pressemitteilungen/07_archiv/2005/02_politik/pm_050602_sozialwahl_hochrechnung,templateId=renderPrintPage.html, letzter Zugriff am 11.10.2006.

TNS Infratest (2005), (N) Onliner Atlas 2005 – Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, URL: http://www.nOnliner-atlas.de/pdf/dl_NONLINER-Atlas2005.pdf, letzter Zugriff am 06.06.2006.

Trechsel, A., F. Mendez und R. Kies (2003), Remote voting via Internet? The Canton of Geneva pilot project, in: D.A. Gritzalis (Hrsg.), Secure Electronic Voting, Boston, Dordrecht, London, S. 181-194.

UOS (2002), i-vote report – Chancen, Möglichkeiten und Gefahren der Internetwahl - Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen der „Forschungsgruppe Internetwahlen“ zur Nutzung des Internets für die Wahlen, URL: <http://www.wahlkreis300.net/fgiw/uploader/data/Kurzfassung.pdf>, letzter Zugriff am 15.12.2005.

Wagner, R.M. (2003), Demokratie und Internet – Einfluss des neuen Mediums auf die demokratische Staatsform, Norderstedt.

Weimann, J. (2001), Wirtschaftspolitik – Allokation und kollektive Entscheidung, Berlin u.a.O.

Wilm, P. (2004), Elektronische Wahl – Eine Informationsbroschüre für den Wahlbürger, Version 1.1, URL: <http://www.elektronische-wahlen.de/staatlich/elektronische-wahlen.pdf>, letzter Zugriff am 10.03.2006.

Winter, M.-A. (2005), In Estland kommt die Kommunalwahl per Internet, URL: <http://www.teltarif.de/intern/action/print/arch/2005/kw40/s18906.html>, letzter Zugriff am 14.12.2005.

Zerfaß, A. und D. Boelter (2005), Die neuen Meinungsmacher – Weblogs als Herausforderung für Kampagnen, Marketing, PR und Medien, Graz.

6 Internetquellen

cdunet.cdu.de, letzter Zugriff am 04.01.2007.

diskussion.cdu.de, letzter Zugriff am 04.01.2007.

www.bayern.gruene-partei.de, letzter Zugriff am 04.01.2007.

www.bpb.de, letzter Zugriff am 08.01.2007.

www.bundestag.de, letzter Zugriff am 04.01.2007.

www.cdu.de, letzter Zugriff am 04.01.2007.

www.destatis.de, letzter Zugriff am 08.01.2007.

www.e-politik.de, letzter Zugriff am 08.01.2007.

www.european-referendum.org, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.fdp.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.gruene.de. Letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.hohmandirekt.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.kraft-der-erneuerung.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.mehr-demokratie.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.netzeitung.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.politik-digital.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.politikforum.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.roteblogs.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.rote-wahlmannschaft.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.spd.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.spd-podcast.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.spiegel.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www.tagesschau.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

www2.amnesty.de, letzter Zugriff am 05.01.2007.

7 Arbeitsberichte des Kompetenzzentrums

Internetökonomie und Hybridität

Grob, H. L. (Hrsg.), Internetökonomie und Hybridität – Konzeption eines Kompetenzzentrums im Forschungsverbund Internetökonomie, Nr. 1.

Brocke, J. vom, Hybride Systeme - Begriffsbestimmung und Forschungsperspektiven für die Wirtschaftsinformatik, Nr. 2.

Holznapel, D., Krone, D., Jungfleisch, C., Von den Landesmedienanstalten zur Ländermedienanstalt - Schlussfolgerungen aus einem internationalen Vergleich der Medienaufsicht, Nr. 3.

Zimmerlich, A., Aufderheide, D., Herausforderungen für das Wettbewerbsrecht durch die Internetökonomie, Nr. 4.

Ahlert, D., Evanschitzky, H., Erfolgsfaktoren des Multi-Channel-Managements, Nr. 5.

Holling, H., Freund, P. A., Kuhn, J.-T., Usability-Analysen von Wissensmanagementsystemen, Nr. 6.

Bröcher, J., Domain-Names und das Prioritätsprinzip im Kennzeichenrecht – Nochmals shell.de & Co., Nr. 7.

Trauten, A., Zur Effizienz von Wertpapieremissionen über Internetplattformen, Nr. 8.

Aufderheide, D., Hybridformen in der Internetökonomie - Gegenstand und Methode eines rechtswissenschaftlichen und institutionenökonomischen Forschungsprogramms, Nr. 9.

Grob, H. L., Brocke, J. vom, Hermans, J., Wissensplattformen zur Koordination verteilter Forschungs- und Entwicklungsprozesse – Ergebnisse einer Marktstudie, Nr. 10.

Becker, J., Brelage, C., Falk, T., Thygs, M., Hybrid Information Systems - Position the Web Information Systems Artefact, Nr 11.

Brocke, J. vom, Hermans, J., Kontextkonstruktion in Wissensmanagementsystemen – Ordnungsrahmen und Ergebnisse einer Marktstudie, Nr. 12.

Holznapel, B., Jungfleisch, C., Die Verwirklichung von Zuschauerrechten im Rundfunk - Regulierungskonzepte zwischen Theorie und Praxis, Nr. 13.

Bröcher, J., Hoffmann, L.-M., Sabel, T., Der Schutzbereich des Markenrechts unter besonderer Berücksichtigung ökonomischer Aspekte, Nr. 14.

Holling, H., Kuhn, J.-T., Freund, P. A., Anforderungsanalysen für Wissensmanagementsysteme: Ein Methodenvergleich, Nr. 15.

Becker, J., Hallek, S., Brelage, C., Fachkonzeptionelle Spezifikation konfigurierbarer Geschäftsprozesse auf Basis von Web Services, Nr. 16.

Brocke, J. vom, Hybridität – Entwicklung eines Konstruktionsprinzips für die Internetökonomie, Nr. 17.

Gutweniger, A., Riemer, K., Potenzialanalyse – Methoden zur Formulierung von E-Business-Strategien, Nr. 18.

Riemer, K., Totz, C., Der Onlinemarketingmix – Maßnahmen zur Umsetzung von Internetstrategien, Nr. 19.

Riemer, K., Web-Design: Konzeptionelle Gestaltung von Internetanwendungen, Nr. 20.

Riemer, K., Müller-Lankenau, C., Web-Evaluation: Einführung in das Internet-Qualitätsmanagement, Nr. 21.

Müller-Lankenau, C., Kipp, A., Steenpaß, J., Kallan, S., Web-Evaluation: Erhebung und Klassifikation von Evaluationsmethoden, Nr. 22.

Müller-Lankenau, C., Terwey, J., Web Assessment Toolkit: Systemdokumentation, Nr. 23.

Müller-Lankenau, C., Terwey, J., Web Assessment Toolkit: Benutzerhandbuch, Nr. 24.

Müller-Lankenau, C., Rensmann, B., Schellhammer, S., Web Assessment Toolkit: Entwicklerleitfaden, Nr. 25.

Gauer, S. S., Evantschitzky, H., Ahlert, D., Kolhatkar, A. A., Marketing innovative Service Solutions with Inter-organizational Service Networks: Opportunities and Threats, Nr. 26.

Holznagel, B., Rosengarten, V., Der Zugang zu Premium-Inhalten insbesondere für Multimedia-Anbieter, Nr. 27.

Zimmerlich, A., David, D., Vedder, M., Übersicht B2B-Marktplätze im Internet Branchenspezifische B2B-Marktplätze - empirische Erhebung, Nr. 28.

Becker, E., Akzeptanz von Internetwahlen und Volksabstimmungen - Ergebnisse der Umfrage zum Wahl-O-Mat in Schleswig-Holstein, Nr. 29.

Totz, C., Potenziale und Herausforderungen der Markenführung im Kontext internetbasierter Interaktionen, Nr. 30.

Holznagel, B., Bonnekoh, M., Auswirkungen der TK-Regulierung auf die Internetmärkte dar-

gestellt am Beispiel von Voice over IP, Nr. 31.

vom Brocke, J., Hermans, J., Anreizsysteme zur Wissensteilung in Netzwerken. Fachkonzeptionelle Modellierung und Prototypische Implementierung für die OpenSource-Plattform HERBIE, Nr. 32.

vom Brocke, J., Altfeld, K., Nutzung von Semantic Web-Technologien für das Management von Wissen in Netzwerken. Konzeption, Modellierung und Implementierung, Nr. 33.

Ahlert, D., Evanschitzky, H., Thesing, M., Zahlungsbereitschaft im Online Handel: Eine empirische Untersuchung mittels der Conjoint Analyse, Nr. 34.

Holling, H., Freund, P. A., Kuhn, J.-T., Webbasierte Evaluation eines Wissensmanagementsystems, Nr. 35.

Trauten, A., Schulz, R. C., IPO Investment Strategies and Pseudo Market Timing, Nr. 36.

Hoffmann, M.-L., Marken und Meinungsfreiheit – Virtuelle Brand Communities auf dem kennzeichenrechtlichen Prüfstand, Nr. 37.

Trauten, A., The perceived benefit of internet-based Commercial Paper issuance in Europe – A survey, Nr. 38.

Ricke, Thorsten, Triple Play – Zugangsansprüche bei vertikalen Verflechtungen, Nr. 39.

Ricke, Thorsten, Neue Dienstekategorien im Zuge der Konvergenz der Medien, Nr. 40.

Holling, H., Freund, P. A., Kuhn, J.-T., Salascheck, M., Benutzbarkeit von Software: Wie usable sind Evaluations-Verfahren?, Nr. 41.

Müller, Ulf, Utz, Rainer, Aufderheide, Detlef, Meyer, Lena, Rodenhausen, Anselm, Die Zukunft der Internetadressierung: ICANN, DNS und alternative Systeme - kartell- und markenrechtliche Fragen und ihr ökonomischer Hintergrund, Nr. 42.

Müller, Ulf, Meyer, Lena, Unternehmenstransparenz und Geheimwettbewerb im digitalen Umfeld, Nr. 43.

Ahlert, D., Evanschitzky, H., Thesing, M., Kundentypologie in der Multikanalwelt: Ergebnisse einer Online- und Offline-Befragung, Nr. 44.

Müller, U., Meyer, L., Wettbewerb und Regulierung in der globalen Internetökonomie - Eine rechtsvergleichende Studie zwischen europäischem und US-amerikanischem Recht, Nr. 45.